

N^o 13.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 13. April 1910.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Abegg, Richter Dr.	Cramer, A. W.
Apelt, Dr. jur.	Davin, J.
Berninghausen, Fr.	Dubbers, Aug.
Biermann, F. C.	Hagemeyer, F. F.
Brauns, Joh. Heinr. Carl.	Hormann, H.
Bruns, F. H.	Jacobi, C. A.
Busch, Anton.	Jhlder, C.

Ruhlmann, Heinr.	Schröder, F. C.
Meyer, Fritz.	Schröder, W.
Meyer, Robert.	Tietjen, Dan.
Michaelis, Dr. phil.	Wagt, L.
Nicolaus, C. A.	Binnen, F. A.
Quidde, Dr. jur.	Waigand, L.
Rudloff, R., Baurat	Waltemath, G.

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Mitteilung des Senats vom 8. März 1910:			VI. Mitteilung des Senats vom 8. April 1910:		
1. Bählung der Arbeitslosen	232		Ratscafé	246	
II. Mitteilung des Senats vom 18. März 1910:			VII. Mitteilung des Senats vom 29. März 1910:		
7. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen	237		2. Zustandlegung des Hauses Contrescarpe 119	247	
III. Bericht der Kommission (Nr. 4) wegen Erleichterung			3. Nachbewilligung auf das Budget des		
des Verkehrs zwischen Schiff und Land am			Hygienischen Instituts	247	
Weferbahnhof	243		4. Neubau eines pathologischen Instituts der		
IV. Mitteilung des Senats vom 8. Oktober und 17. De-			Krankenanstalt	247	
zember 1909 und Bericht der Kommission (Nr. 5):			5. Pöschhilfe in Hemelingen	248	
Landwirtschaftliche Winterschule	245		6. Erwerb eines Teils des Grundstücks Gastebter-		
V. Mitteilung des Senats vom 22. März 1910:			Chaussee Nr. 83, Katasterbezeichnung 26 A abd	248	
6. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets			7. Ankauf von Grundstücken in der Feldmark		
der Staatsanwaltschaft	246		Gastebt	248	
7. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets			8. Uebertragbarkeit von Positionen des Spezial-		
der Feuerwehr	246		budgets Nr. 44, Rathaus usw.	248	
10. Inventar für den III. Bauabschnitt der			9. Nachbesteuern und Steuerhinterziehungen		
Hauptfeuerwache	246		im Rechnungsjahre 1908	248	
11. Hochbanten an der Schleuse des Industrie-			10. Uebertragbarkeit der Positionen des Spezial-		
und Handelshafens	246		budgets Nr. 76 (Generalsteuerveramt)	248	
12. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets			11. Zuschüttung der Pipe	248	
der Baudeputation, Abteilung Straßenbau	246		VIII. Mitteilung des Senats vom 1. April 1910:		
13. Bericht der Eichungskommission			5. Ausbau der Zufahrtstraße vom Industrie- und		
zum Budget 1910	246		Handelshafen beim Gröpelinger Friedhof	250	

Verhandelt Seite

Verhandelt Seite

- IX. Mitteilung des Senats vom 5. April 1910:
 1. Enteignung eines Teils des Grundstücks Horner-Chaussee, Kat.-Bez. Feldmark Horn und Lehe, Nr. 849 A.
 2. Übertragbarkeit von Budgetpositionen des Amts Bremerhaven. (N. j. Verh. gef.)
- X. Mitteilung des Senats vom 22. März 1910:
 14. Neue Krankenanstalt in Grambsfe. (N. j. Verh. gef.)
- XI. Mitteilung des Senats vom 15. März 1910:
 3. Budget des Schlachthofs für das Rechnungsjahr 1910. (N. j. Verh. gef.)
- XII. Mitteilung des Senats vom 12. Februar 1910:
 Budget für das Rechnungsjahr 1910. (N. j. Verh. gef.)
- XIII. Mitteilung des Senats vom 8. März 1910:
 3. Nachtrag zum Budget der Polizeidirektion 1910. (N. j. Verh. gef.)
- XIV. Mitteilung des Senats vom 30. November 1909:
 6. Aborte der Volksschule an der Kantstraße. (N. j. Verh. gef.)
- XV. Antrag auf Abänderung des § 25 des Beamtengesetzes. (N. j. Verh. gef.)
- XVI. Antrag, betreffend die Wahlen zur Bürgerschaft. (N. j. Verh. gef.)
- XVII. Mitteilung des Senats vom 28. Dezember 1909:
 1. Dingliche Sicherung der Bauforderungen. (N. j. Verh. gef.)
- XVIII. Mitteilung des Senats vom 22. März 1910:
 9. Einkommensteuer für 1910. (N. j. Verh. gef.)
- XIX. Mitteilung des Senats vom 18. März 1910:
 12. Erwerb von Grundstücken durch den Staat. (N. j. Verh. gef.)
- XX. Mitteilung des Senats vom 30. März 1910:
 Jahresbericht der Gewerbe-Inspektion für Bremen für das Jahr 1909. (N. j. Verh. gef.)
- XXI. Mitteilung des Senats vom 9. April 1910:
 12. Nachbewilligung für die Krankenanstalt.
 13. Übertragbarkeit von Budgetpositionen der Schuldeputation sowie Nachbewilligung für die gewerblichen Schulen.
 15. Baubeschränkung der Vorgärten an der Lupinenstraße.
 16. Budget des Gewerbemuseums.
 17. Budget des Technikums.
 18. Platz Kaiserstraße-Brill. (N. j. Verh. gef.)

Herr H. A. Rolze präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 23 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Ich habe über folgende Eingänge zu berichten. Zunächst über eine Mitteilung des Senats vom 12. April: 1) Erweiterung und Unterhaltung des Gas- und Wasserrohrnetzes. 2) Wegeregister. 3) Übertragung des Titels Spezialbudget Nr. 93. 4) Ausbau der Schwachhauser-Chaussee. 5) Querprofil des Schwachhauser-Ringes von der Parkallee bis zur Schwachhauser-Chaussee. 6) Städtisches Museum. 7) Regulierung des Grundstücks Rembertistraße Nr. 28. Ferner teilt der Senat der Bürgerschaft mit, daß von seiten der Klasse IV, Bezirk 19, Herr Johann Jürgens bis zum Schlusse des Jahres 1911 zum Mitgliede der Bürgerschaft gewählt worden ist. Ist Herr Jürgens anwesend? (Zuruf: Ja!) Ich heiße den neuernannten Herrn herzlich willkommen. Ferner habe ich eine Mitteilung des Kommissars in Eisenbahnangelegenheiten erhalten. Die Bürgerschaft hat am 12. Juli 1905 einen Antrag angenommen, der lautet:

In Anbetracht dessen, daß nach den Ausführungen des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten bei den Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus vom 5. Dezember 1904 ausgeführt worden ist, „der Geestemünder Personenbahnhof werde für Bremerhaven noch ungünstiger als bisher, nämlich an die Oefte von Geestemünde zu liegen kommen“,

ersucht die Bürgerschaft den Senat, seinen Kommissar für Eisenbahnangelegenheiten zu beauftragen, bei dem preussischen Minister dahin zu wirken, daß der neue Personenbahnhof in Geestemünde eine für die drei Unterwerferorte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe möglichst zentrale Lage bekomme.

Jetzt schreibt der Kommissar in Eisenbahnangelegenheiten:

In dem Verzeichnis der in den Verhandlungen mit der Bürgerschaft am Schlusse des Jahres 1909 unerledigt gebliebenen Gegenstände ist unter A, 9 aufgeführt der Beschluß der Bürgerschaft vom 12. Juli 1905, betreffend die Erweiterung der Hafen- und Verkehrsanstalten in Bremerhaven, durch den der Senat ersucht ist, seinen Kommissar für Eisenbahnangelegenheiten zu beauftragen, bei dem preussischen Minister dahin zu wirken, daß der neue Personenbahnhof in Geestemünde eine für die drei Unterwerferorte Bremerhaven, Geestemünde und Lehe möglichst zentrale Lage bekomme.

Diese Angelegenheit hat inzwischen ihre Erledigung dadurch gefunden, daß der Platz, an dem der Bahnhof errichtet werden wird, wie bekannt, endgültig bestimmt worden ist. Ein Projekt, das dahin ging, den Bahnhof an der Stelle des Zollanschlußbahnhofs in Bremerhaven zu erbauen, hat allerdings keine Berücksichtigung finden können. Andererseits hat der unterzeichnete Eisenbahnkommissar des Senats während der Verhandlungen über die Wahl des Platzes dauernd in enger Fühlung mit dem Stadtrat von Bremer-

haben gestanden und diesem, soweit er dazu in der Lage war, seine Dienste, auch dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten gegenüber, zur Verfügung gestellt.

Ueber die Sache einen Bericht an die Bürgerschaft gelangen zu lassen, hätte unter bewandten Umständen keinen Zweck. Er würde lediglich zu einer Erörterung führen, für die der Bürgerschaft die erforderlichen eingehenden Unterlagen doch nicht zur Verfügung gestellt werden könnten.

Im Auftrage des Senats habe ich daher an das Bürgeramt das ergebenste Ersuchen zu richten, in Erwägung nehmen zu wollen, ob es nicht angezeigt sei, den betreffenden Gegenstand bei dem demnächstigen Wiederabdruck des Verzeichnisses kurzer Hand von der Liste abzusetzen.

Präsident: Die Sache ist also vollständig fest, so daß nichts zu machen ist. Der Kommissar für Eisenbahnangelegenheiten schlägt vor, daß wir diesen Beschluß der Bürgerschaft von nun an nicht mehr auführen.

Herr Garde: Ich beantrage, daß die Bürgerschaft sich der Mitteilung des Senats anschließt.

Präsident: Da ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß die Bürgerschaft damit einverstanden ist. — Ferner ist eingegangen ein Schreiben des Herrn Hermann Behrmann. Das Schreiben beginnt: (Präsident verliest. Zurufe: Haben wir auch bekommen!) Wir können damit weiter nichts machen. Wir legen das Schreiben in unserer Kanzlei zur weiteren Einsicht aus. Ferner ist eingegangen ein Schreiben des Vereins „Priefnitz“, das den Herren ebenfalls zugegangen ist. Das Schreiben wird in der Kanzlei ausliegen. — Dann ist ein Schreiben des Bürgervereins für die Bahnhofsvorstadt eingegangen. Es handelt sich um die neuen Bahnhofsanlagen, und ich möchte vorschlagen, die Verlesung dieses Schreibens erst stattfinden zu lassen, wenn wir an die Verhandlung dieses Punktes herantreten. Ferner ist ein Schreiben eingegangen vom Pflegerpersonal des St. Jürgen-Nhls um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Herr Garde: Ich beantrage, diese Petition dem Senat zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Präsident: Wollen Sie, daß wir so verfahren? Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist noch eingegangen eine Petition der jahrgeldberechtigten Angehörigen, der Einkassierer der Erleuchtungs- und Wasserwerke, der Klassenboten der Invaliditätsversicherung, der Einkassierer am Generalsteueramt, der Schulgelderheber und der Einkassierer der Zollverwaltung.

Herr Garde: Ich bitte ebenfalls, diese Petition dem Senat zu überweisen zur weiteren Veranlassung.

Herr Stichnath: Ich beantrage, diese Petition nicht dem Senat, sondern der Steuerdeputation zu überweisen.

Präsident: Wir können als Bürgerschaft nicht Sachen direkt an die Steuerdeputation verweisen, wir können nur den Senat darum ersuchen.

Herr Stichnath: Ich habe selbstverständlich die Sache so aufgefaßt, daß die Bürgerschaft die Sache dem Senat übermittelt mit dem Ersuchen, die Petition der Steuerdeputation zur Beratung und Berichtserstattung zu überweisen.

Herr Knief: Das ist nicht angängig. Es handelt sich hier nicht nur um die Einkassierer des Generalsteueramts, die einzige Möglichkeit ist, die Petition dem Senat zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Herr Garde: Die Ueberweisung liegt ja mit in dem Antrage. Wir überweisen die Petition dem Senat mit der Bitte, das Weitere zu veranlassen. Der Senat wird schon wissen, wem er sie zu überweisen hat.

Herr Rhein: Ich glaube, der beste Weg ist der, die Petition der Deputation für die Beamtengehälter zu überweisen. Ich möchte bitten, daß wir beschließen, an den Senat das Ersuchen zu richten, diese Petition an die Deputation für Beamtengehälter zu überweisen.

Herr Garde: Ich glaube, dieser Antrag des Herrn Rhein erübrigt sich, wenn wir diese Petition dem Senat zur weiteren Veranlassung überweisen, der wird wissen, wohin diese Petitionen zu gehen haben.

Herr Heinken: Ich glaube, Herr Garde hat nicht ganz recht. Es handelt sich hier um vier Kategorien von Beamten, und da ist es nicht zu empfehlen, daß diese Petition dem Senat überwiesen wird, sondern der Deputation für die Beamtengehälter. Diese Deputation hat sich schon mit den anderen Petitionen beschäftigt und kann sich auch mit dieser beschäftigen.

Präsident: Herr Garde hat beantragt, diese Petitionen zur weiteren Veranlassung dem Senat zu überweisen, während Herr Rhein und Herr Heinken beantragen, sie dem Senat zu überweisen mit der Bitte, sie der Deputation für Beamtengehälter zu überweisen.

Der Antrag Garde wird angenommen.

Präsident: Sodann ist eingegangen ein Schreiben vom Herrn Rechtsanwalt Schepp. Es handelt sich um eine Enteignung eines Teiles des Grundstücks der Horner-Chaussee. Sie sind einverstanden damit, daß ich dieses Schreiben erst verlese, wenn wir an die Verhandlung dieses Gegenstandes kommen.

Herr Imwolde: Ich möchte beantragen, daß die beiden Punkte der Tagesordnung, Nummer XV und XVI, heute noch zur Verhandlung kommen und vor den Punkt VIII gestellt werden.

Präsident: Ich möchte bemerken, der Geschäftsvorstand hat die Tagesordnung dem Bürgeramte vorzulegen. Die Tagesordnung hat vorgelegen, aber nach § 35 unserer Geschäftsordnung ist die Bürgererschaft befugt, eine Abänderung der Tagesordnung vorzunehmen.

Herr Feuß: Herr Präsident! Ich bitte, es bei der vom Bürgeramte festgesetzten Tagesordnung zu belassen. Diese beiden Anträge sind allgemeinen Inhalts, und die Sachen, die wir vorher zu erledigen haben, sind zum Teil Sachen, die im Interesse der Verwaltung einer schnellen Erledigung bedürfen. Wenn wir diese Anträge, wie Herr Imwolde wünscht, vorweg nehmen, dann werden Sachen aufgehalten, die aktuellen Wert haben. Ich möchte bitten, das nicht zu tun, sondern die Verhandlung über diese beiden Anträge hinauszuschieben, bis wir mit der Tagesordnung etwas weiter gekommen sind. Ich bitte also, es bei der Festsetzung der Tagesordnung durch das Bürgeramt zu belassen.

Herr Böttcher: Ich möchte den Gründen des Herrn Feuß noch einen hinzufügen. Es hat über diese Anträge noch keine Vorbesprechung stattgefunden, und die ist sehr wünschenswert zur Klärung der Angelegenheit.

Herr Rhein: Unter dem neuen Präsidium ist allgemein das Verfahren beobachtet worden, daß Initiativanträge nicht so sehr auf die lange Bank geschoben werden, als das früher der Fall war. Ich muß sagen, daß dieses Bestreben sehr lobenswert ist, und ich möchte bitten, das jetzt auch innezuhalten. Wenn wir den Antrag Imwolde heute nicht annehmen, dann würden die Anträge wahrscheinlich über die Budgetberatung hinaus mit den anderen zurückgestellten Anträgen verhandelt werden, und das wäre für die Anträge, die aus der Bürgererschaft herauskommen, nicht richtig und nicht in dem Sinne, wie das Präsidium es jetzt gehandhabt hat. Ich bitte deshalb, dem Antrage Imwolde zuzustimmen.

Der Antrag Imwolde wird abgelehnt.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 8. März 1910:

1. Zählung der Arbeitslosen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Marcus, Beigeordneter Herr Dr. Böhmert.

Herr v. Gröning: Herr Präsident! Meine Herren! Der Antrag betreffend Arbeitslosigkeit hat die Deputation für Statistik veranlaßt, Ihnen den Bericht des Herrn Direktor Dr. Böhmert zu überreichen.

Herr Dr. Böhmert unterstützt eine solche Arbeitslosenzählung; er hob aber besonders hervor, daß eine solche Arbeitslosenzählung nicht jetzt im Frühjahr vom Statistischen Amte vorgenommen werden sollte, wo das Statistische Amt mit Arbeiten überhäuft ist. Herr Direktor Böhmert macht aber den Vorschlag, diese Zählung auf den 1. Dezember dieses Jahres zu verschieben. Nach meiner Ansicht hat in diesem Winter keine Arbeitslosigkeit stattgefunden. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Winter war für die Arbeiter sehr günstig, die Bautätigkeit hat nicht nachgelassen, außerdem war der Handel, besonders mit Baumwolle, ein guter, so daß im Hafen auch sehr viele Leute beschäftigt worden sind. Von Arbeitslosigkeit kann man daher nicht sprechen. Herr Dr. Böhmert schlägt vor, die Arbeitslosenzählung auf den 1. Dezember zu verschieben. Am 1. Dezember findet eine Volkszählung statt, und bei der Gelegenheit könnten die Zähler, die ins Haus gehen, sehr leicht die Arbeitslosen mitzählen. Die Kosten sind dafür gering veranschlagt, auf 2000 M. Sie alle werden den Bericht von Herrn Dr. Böhmert gelesen haben, so daß ich in betreff der Sache nichts zu sagen habe. Ich möchte deshalb vorschlagen, die Zählung der Arbeitslosen auf den 1. Dezember zu verlegen und die dazu beantragten 2000 M. zu genehmigen.

Herr Henke: Wenn der Antrag, den ich zweimal gestellt habe und den die Bürgererschaft zweimal angenommen hat, nur die eine Wirkung gehabt hätte, diesen Bericht des Herrn Direktor Böhmert zu veranlassen, dann wäre der Antrag schon nicht unzweckmäßig gewesen. Leider aber ist das, was hier in dem Berichte vorliegt, nicht geeignet, uns zu befriedigen und am allerwenigsten können wir dem zustimmen. Der Bericht sagt zunächst hinsichtlich der Arbeitslosigkeit selbst, daß ihre Ermittlung heute von großer Bedeutung für Staat und Gemeinde geworden ist. Der Bericht sagt, was wir immer betont haben, daß die Arbeitslosigkeit immer mehr zu einer Aufgabe der Sozialpolitik für Staat und Gemeinde geworden ist, und weil das unser Standpunkt ist, sind wir dazu gekommen, den Behörden, besonders auch weil sie in der letzten wirtschaftlichen Krise ihre Aufgaben nicht erfüllt haben, die ihnen durch die Gestaltung der Dinge gestellt waren, einen solchen Antrag zu unterbreiten. Ich habe den Antrag im Dezember vorigen Jahres gestellt, und der Antrag wünschte eine schnelle Erledigung der Frage. Wäre die damals erfolgt, dann hätte diese Zählung auch einige Bedeutung gehabt, denn das, meine Herren, werden Sie nicht unterschreiben, was der Vorredner gesagt hat. Sie werden samt und sonders mit mir einverstanden sein, wenn ich sage, daß es dem Vorredner so geht, wie dem Reichskanzler, von dem behauptet wird, daß er in Weltfremdheit dahin lebe, denn sonst könnte Herr v. Gröning heute nicht gesagt haben, daß im vorigen Winter in Bremen keine Arbeitslosigkeit gewesen sei.

Ich habe verstanden „in Bremen“, aber vielleicht hat der Vorredner auch eine Arbeitslosigkeit im allgemeinen bestritten, dann muß man das um so mehr bedauern; denn eine Arbeitslosigkeit ist in hohem Grade vorhanden gewesen auch hier in Bremen. Das ist weniger aus dem Berichte zu schließen, den Herr Direktor Böhmert geliefert hat, als aus anderen Angaben und Informationen, die mir und uns allen zu Gebote stehen, z. B. aus dem Berichte des Gewerbeinspektors. Ich komme gleich darauf zurück. Zunächst unterstreiche ich, daß die Frage der Arbeitslosigkeit eine wichtige sozialpolitische Frage ist. Aber ich habe auch allen Anlaß zu unterstreichen, daß der Direktor in dem Berichte sagen muß, zur Lösung dieser Aufgabe fehle es an Zeit und Geld. Etwas Bezeichnenderes kann ein Anhänger der kapitalistischen Gesellschaft nicht sagen. Wenn es an Zeit und Geld fehlt, solche Aufgaben zu lösen, dann ist das ein vernichtendes Urteil über die heutige Gesellschaftsordnung. Um so vernichtender, als man die Arbeitslosigkeit als eine wichtige Frage anerkennen muß, deswegen so wichtig, weil viele unserer Mitbürger und viele Arbeiter, die doch eine so große Bedeutung im wirtschaftlichen Leben haben, unter der Arbeitslosigkeit sehr zu leiden haben. Es ist im Berichte ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß Polizei und Armenpflege außerordentlich in Mitteleidenschaft gezogen werden, wenn die Zahl der Arbeitslosen eine große ist. Wenn die Frage nicht von der heutigen Gesellschaft geordnet werden kann, weil es ihr an Zeit und Geld fehlt, dann sieht es traurig um diese Gesellschaft aus. Ich bin der Meinung, daß es aber in Wirklichkeit weder an Geld noch an Zeit zu fehlen braucht. Man hat ja immer Geld für andere Dinge zur Verfügung gehabt und hätte auch sehr gut die paar tausend Mark für eine Arbeitslosenzählung anwenden können, als es Zeit war. Ich erinnere nur daran, daß man letzten Herzens 30 000 M. bewilligt hat für Empfangsfeierlichkeiten und Bewirtung von Gästen. Sie können aus dem Berichte des Herrn Direktor Böhmert ersehen, daß eine solche Arbeitslosenzählung etwa 3000 M. kostet. Sie könnten also für die 30 000 M. zehnmal eine solche Arbeitslosenzählung vornehmen, und wenn ich den Wert der einen Sache mit der andern vergleiche, dann senkt sich die Wage auf die Seite der Arbeitslosen, man sollte zur Ermittlung der Arbeitslosen entschieden eher Geld ausgeben als für Empfangsfeierlichkeiten. Man hat auch gelegentlich nicht geringe Summen ausgegeben, wenn Kaiser Wilhelm II. nach Bremen kam. Obwohl das sehr wichtig für einige Herren sein mag, bin ich doch der Meinung, daß das nicht so wichtig ist, als eine Arbeitslosenzählung. Es ist nicht wahr, daß kein Geld da ist für die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben, es ist Geld da, es ist nur falsch verwandt worden. Insofern ist der Bericht des Herrn Direktor Böhmert einer Korrektur zu unterziehen. Auch fehlt es nicht an Zeit. Herr Direktor Böhmert sagt, daß das

Statistische Amt jetzt mit Arbeiten überhäuft ist. Wir haben aber die Arbeitslosenzählung nicht zu einer solchen Zeit beantragt, in der das Statistische Amt mit Arbeiten überhäuft ist, sondern im Dezember, und da war schon Zeit. Man könnte uns nur den Vorwurf machen, daß wir nicht eher den Antrag eingebracht haben. Aber wenn man das tut, dann müssen wir den Vorwurf zurückgeben und sagen: warum hat der Senat mit all seiner Weisheit (Heiterkeit) die Vorahme einer Arbeitslosenzählung nicht früher ins Auge gefaßt? Denn das könnte höchstens Herr v. Gröning noch bestreiten, daß namentlich in den Jahren 1908/09 die Arbeiter unter einer wirtschaftlichen Flaugigkeit zu leiden hatten, die überall zu konstatieren war, auch in Bremen, das konstatiert auch der Gewerbeinspektionsbericht. Dieser Bericht sagt im Gegensatz zu dem Berichte des Herrn Direktor Böhmert, daß vor allen Dingen in der Holzindustrie eine bedeutende Arbeitslosigkeit geherrscht hat. Dort heißt es, wenn ich den Satz eben verlesen darf:

Den in den Tischlereien und Holzbearbeitungsfabriken, sowie den beim Verein bremischer Holzhändler beschäftigten Arbeitern der Gruppe XII ist nach Tarifverträgen der Stundenlohn um 1 auch 2 S. erhöht worden, trotzdem dürfte der tatsächlich gezahlte Durchschnittslohn den des Vorjahres kaum überschritten haben, weil die anhaltend geringere Arbeitsdauer ungünstig einwirkte. Ein ungefähres Bild der Erwerbsverhältnisse in dieser Gruppe gibt nach dem Geschäftsbericht des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für 1909 der paritätische Arbeitsnachweis, wonach die Zahl der stellenlos Gemeldeten die der offenen Stellen im 1., 2., 3. und 4. Quartal nur 273, 434, 184 und 476 überwog. Die Gesamtzahl der stellenlosen Arbeiter der Gruppe XII dürfte noch erheblicher gewesen sein, weil dieser Arbeitsnachweis im wesentlichen nur gelernte Handwerker umfaßt.

Nach dem Bericht des Holzarbeiterverbandes waren für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juni 1909 374 Tischler insgesamt 8598 Tage arbeitslos. Ferner sagt der Bericht:

Ein großes Werk der Gruppe VI (Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate) beschäftigte gegen Ende 1909 rund 800 Arbeiter weniger als zu Anfang des Jahres, desgleichen eine Maschinenfabrik in der gleichen Zeit 250 Mann. Ähnlich lagen die Verhältnisse in vielen mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Groß- und Kleinbetrieben.

Meine Herren, ich bin der Meinung, daß das etwas anderes besagt, als im Berichte des Herrn Direktor Böhmert angegeben ist. Allerdings macht Direktor Böhmert den Vorbehalt, daß die Zahlen, die ihm zur Verfügung gestellt sind, kein klares Bild geben. Das ist richtig, und deshalb muß das Bild ergänzt werden durch den Bericht, den die Gewerbeinspektion gibt, und ich könnte das weiter ergänzen, wenn ich

bei den gewerkschaftlichen Zentralverbänden nachgefragt hätte, und zwar bei den Zentralverbänden der gelernten Arbeiter, dann würden noch ganz andere Ziffern zustande gekommen sein. Also es läßt sich nicht aus der Welt streiten, als dieser Antrag gestellt wurde, ist eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit in Bremen gewesen; ich bin überzeugt, daß es weit über 1500 Arbeitslose gewesen sind, eine Zahl, von der Herr Direktor Böhmert meint, daß sie zwar durch die 1895 mit der Volkszählung verbundene Arbeitslosenzählung konstatiert wurde, im vergangenen Winter aber nicht erreicht worden sei. Ich bin der Meinung, daß sie im vergangenen Winter weit darüber hinausgegangen ist. Es hätte etwas mehr getan werden müssen, schon weil andere Kommunen solche Arbeitslosenzählungen vorgenommen haben und eine große Anzahl von Kommunen hat dann Geld bewilligt zur Abhilfe der Not und des Elends der Arbeitslosen. Der Bericht hat uns nicht befriedigt, ausgenommen in dem einen Punkte, wo er besagt, daß es eine Notwendigkeit sei, Arbeitslosenzählungen vorzunehmen, wenn die Arbeitslosigkeit groß ist. Herr Dr. Böhmert hat vorgeschlagen, eine solche Zählung im Dezember dieses Jahres vorzunehmen. Ich will dagegen nicht sprechen. Aber so zweckmäßig als die Zählung im vorigen Jahre und im vorvorigen Jahre gewesen wäre, wird sie nicht sein, aus dem einfachen Grunde, weil wir eine aufwärtsgehende Bewegung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben. Wir können annehmen, daß es im Dezember des laufenden Jahres mit der Arbeitslosigkeit nicht so schlimm bestellt sein wird, wie im vorigen Jahre. Im übrigen kann ich nicht zustimmen, wenn der Vorschlag gemacht wird, es sollten nur in Zeiträumen von 8 oder 12 Jahren solche Zählungen vorgenommen werden. Ich weiß nicht, was das heißen soll. Vielleicht läßt sich Herr Direktor Böhmert noch darüber näher aus, man kann dann vielleicht daraus lernen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß das die Zeiten einer Krise sind. Ich bin der Meinung, daß die Zeit, die zwischen einer und der anderen Krise liegt, von entscheidender Bedeutung sein müßte für die Zählungen. Ich will nur sagen, alle 5 bis 6 Jahre wird eine wirtschaftliche Krise zu konstatieren sein, und so sollte man mindestens das für die Arbeitslosenzählungen als Norm gelten lassen, und nicht immer erst in 12 Jahren daran denken, ohne darauf zu achten, ob eine wirtschaftliche Krise da ist oder nicht. Ich bin der Meinung und bitte mir das nicht übel zu nehmen, daß in dem Berichte ein wichtiges Moment vergessen worden ist, das Moment, daß die wirtschaftliche Krise immer eine große Steigerung der Arbeitslosigkeit herbeiführt, und es ist darum auch sehr interessant, die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu erfahren. Wir sind einverstanden, daß, wenn die Behörden mit ihrem organisatorischen Apparat solche Arbeitslosenzählung vornehmen, etwas besseres herauskommen wird, als wenn privatim Zählungen vorgenommen

werden. Aber sie ist nicht am Platze, wenn das Statistische Amt die Zeit für richtig hält. Wenn das Statistische Amt nicht Beamten genug hat, dann müßten eben ein paar tausend Mark mehr dafür ausgeworfen werden, wenn Arbeitslosenzählungen vorzunehmen sind. Ich will mich nicht weiter über den Bericht verbreiten. Ich will warten, was Herr Direktor Böhmert oder der Herr Senatskommissar sagt. Und nun noch eines. Ich habe nicht die Ueberzeugung, daß das, was Herr v. Gröning gesagt hat, auch die Meinung der zweiten Klasse ist. Wäre das die Ueberzeugung der Herren der zweiten Klasse, dann hätten die Herren den Beweis geliefert, daß sie sich um sozialpolitische Dinge überhaupt nicht kümmern, dann wäre auch das erklärt, weshalb sie hier in der Bürgerschaft für sozialpolitische Aufgaben nichts übrig haben. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Senatskommissar Herr Senator Dr. Marcus: Herr Präsident! Ich könnte aufs Wort verzichten, da ein Abänderungsantrag nicht vorliegt, muß mir aber doch nach den Ausführungen des Herrn Vorredners einige Bemerkungen gestatten. Der Herr Vorredner hat gesagt, es könne für diese Frage der Gesichtspunkt nicht maßgebend sein, daß für solche Dinge kein Geld da sei. Ich glaube, eine Aeußerung, daß für eine Arbeitslosenstatistik kein Geld da sei, ist nirgendwo gemacht worden, und deshalb möchte ich nicht gern, daß sie über diesen Saal weiter kolportiert würde. Sodann ist eigentlich die Auseinandersetzung zwischen Herrn Henke und dem Rechnungsführer der Deputation streng genommen eine Auseinandersetzung zwischen Herrn Henke und dem Senat. Der Senat hat in seiner Mitteilung vom 31. Dezember erklärt, er habe in Anerkennung der Wichtigkeit der Sache die Frage, die von der Bürgerschaft angeregt worden sei, der Deputation für Statistik als der dafür zuständigen Stelle, überwiesen, da nach seiner Ansicht eine schleunige, eine sofortige Zählung nicht erforderlich sei, indem eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit in Bremen nicht bestehe. Ich nehme an, daß der Herr Rechnungsführer bei seiner Erklärung, daß eine Arbeitslosigkeit nicht bestehe, gleichfalls nur hat sagen wollen, daß eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit nicht vorhanden sei. Denn, Herr Präsident, daß Arbeitslosigkeit in einem gewissen Umfange immer vorhanden ist, wissen wir alle, darüber brauchen sich verständige Leute nicht zu unterhalten. Es fragt sich nur, ob eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit vorhanden ist, also eine solche, die es notwendig macht, daß der Staat sofort eingreift. Die Mitteilung des Senats vom 31. Dezember sagt dann ferner:

Um so mehr können die mit der Zählung zusammenhängenden Fragen durch die zuständige Behörde eingehend geprüft werden, was außerdem erforderlich ist, wenn ein brauchbares Ergebnis erzielt werden soll.

Es handelt sich ja nicht nur um das Zählen, sondern darum, Material zu gewinnen, aus dem mit Sicherheit etwas gefolgert werden kann, weitgehende Schlussfolgerungen gezogen, Maßnahmen begründet werden können. Daß in dieser Beziehung die Sache nicht so einfach liegt, wie Herr Henke ausführt, dafür kann ich mich auf Herrn Henke selbst als Autorität berufen. Ich habe mir seine Rede bei Einbringung des Antrages angesehen und darin folgende Sätze gefunden:

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß in anderen Städten die Zahl der Arbeitslosen ermittelt ist. Aus den dort (also in anderen Städten) ermittelten Resultaten läßt sich schließen, daß auch in Bremen die Zahl der Arbeitslosen eine sehr große sein muß.

Es handelt sich hier also nur um eine Vermutung des Herrn Henke. Dann fährt er fort, nachdem er näher ausgeführt hat, in welcher anderen Städten Zählungen vorgenommen worden seien:

Allgemein läßt sich sagen, daß die ermittelten Zahlen dazu geführt haben, sich mit der Frage der Arbeitslosenversicherung intensiver zu beschäftigen. Und dann:

Das ist ein Beweis, daß hier ein Problem vorliegt, dem gegenüber wir Stellung nehmen müssen.

Wenn Herr Henke anerkennt, daß hier ein Problem vorhanden ist, so wird er mit mir einverstanden sein, daß es notwendig ist, der sehr schwierigen Frage nicht in einer saloppen Weise zu Leibe zu gehen, sondern mit einer auf sorgfältigen Erwägungen vorgenommenen Zählung. Es liegt also so, daß Herr Henke damals selbst anerkannt hat, daß die Sache keineswegs so unzweifelhaft ist, daß mit einer ungewöhnlichen Arbeitslosigkeit zu rechnen sei. Wenn eine solche vorhanden gewesen wäre, so würde das Herrn Henke, der doch mit den Arbeiterkreisen eine gewisse Fühlung hat, unbedingt bekannt gewesen sein, und er würde bei seinem Temperament nicht gesagt haben: „Das muß wohl so sein“, sondern „Das ist so“, und zwar mit Stentorstimme. (Heiterkeit.) Wenn aber eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit nicht vorlag, so lag auch keine Veranlassung für den Senat vor, spontan einzugreifen. Herr Henke hat dann auch tatsächlich keinen Anstoß genommen an der Art, wie die Sache vom Senat behandelt worden ist. Denn während der Senat am 31. Dezember vorigen Jahres mitteilte, daß er die Frage an die zuständige Behörde zur Beratung verwiesen habe, hat es sechs Wochen gedauert und zwar bis zum 16. Februar, ehe Herr Henke in der Bürgerschaft das Wort ergriffen und erklärt hat, das Vorgehen des Senats sei unerhört. Wenn die Sache wirklich so dringend war, wie Herr Henke geschildert hat, so hätte es doch nahe gelegen, daß er beim Bürgeramt den Antrag gestellt hätte, diese so überaus dringliche Sache wieder verhandeln zu lassen — ich bin der Ueberzeugung, daß das Bürgeramt der

Anregung Folge gegeben hätte. Nachdem die Sache aber in der Bürgerschaft endlich wieder verhandelt war, ist drei Wochen darauf vom Senat eine neue Mitteilung gekommen, und seitdem sind wiederum fünf Wochen hingegangen. Das ist doch immerhin ein ganz ruhiges, behagliches Tempo in der Behandlung dieser Sache seitens des Herrn Henke, und sie scheint danach nicht den brennenden Charakter zu haben, wie es heute hier vorgetragen ist. Man muß nach allem sagen, daß die ganze Frage in verständiger Weise, wie sie es erheischt, behandelt worden ist.

Nun sagt Herr Henke, daß die Zählung am 1. Dezember dieses Jahres eigentlich sehr wenig Wert haben würde, da voraussichtlich in der Zeit gute Verhältnisse vorliegen würden, und dann würde eine Zählung nicht ein richtiges Bild geben. Ich glaube, daß der Vorwurf nicht zutrifft, da in dem Bericht von Herrn Direktor Böhmert ausdrücklich darauf hingewiesen worden ist, daß bei der Zählung festgestellt werden soll, ob im Laufe des Jahres eine Arbeitslosigkeit bestanden hat, so daß bei der Zählung auch die Arbeitslosigkeit, die etwa in den ersten Monaten des Jahres vorlag, von der Statistik vollständig mit erfaßt und bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt werden wird. Die Deputation ist daher meines Erachtens der Anregung, die von Herrn Henke ausgegangen ist, in sachlicher Weise entgegengekommen, und ich glaube hiernach, es wäre wohl möglich, die Streitart zu begraben, da eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der Senat wird die Verantwortung tragen, da er die Anschauung vertritt, daß eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit nicht vorliegt (Zuruf von links: Darin liegt eben die Differenz!) und daß darum kein Anlaß vorliegt, spontane Maßnahmen zu ergreifen, was auch sehr schwierig wäre.

Herr Henke: Herr Präsident! Zunächst möchte ich dem Herrn Senatskommissar das eine erwidern, daß ich vorhin recht gehabt habe, als ich sagte, daß in dem Bericht von Herrn Direktor Böhmert davon die Rede sei, daß es für die Lösung solcher Aufgaben an Zeit und Geld mangle. Ich habe das dem folgenden Satz des Berichtes entnommen:

Es gibt eine Reihe von wirtschaftlichen oder sozialen Tatsachen, deren Feststellung an sich wichtig wäre, die aber hinter anderen zurücktreten müssen, weil es an Zeit und Geld zu dieser Feststellung fehlt. Nun handelt es sich bei der Zählung der Arbeitslosen um eine Zählung, die nicht nur einen erheblichen Aufwand von Zeit, Mühe und Geld erfordert, sondern die auch eine beträchtliche Belästigung des Publikums mit sich bringt.

Ich habe die Ansicht, daß ein anderer Schluß, als ich ihn aus diesen Sätzen zog, logisch nicht zulässig war.

Im übrigen hat der Herr Senatskommissar versucht, Herrn v. Gröning eine Brücke zu bauen, indem er meinte, jener habe sagen wollen, es sei in Bremen keine

außergewöhnliche Arbeitslosigkeit. Der Herr Senator ist nicht immer so freundlich. Wenn Herr v. Gröning hat sagen wollen, daß im vorigen Winter in Bremen keine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit gewesen sei, so tut es mir leid, daß ein Bürgerchaftsmitglied in einem so wichtigen Falle nicht weiß, was es sagen wollte. Was der Herr Senator Herrn Gröning gesagt haben lassen möchte, bedeutet für Herrn v. Gröning gar keine Entlastung, sondern eigentlich eine Blamage, ich glaube, der Herr Senatskommissar hat Herrn v. Gröning mit seinen hilfreichen Worten einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Doch ihn deshalb mit dem Herrn Senator zu verfeinden, das ist nicht meine Sache, das mögen die beiden Herren unter sich ausmachen. Ich hätte aber gern gehört, ob die übrigen Herren der zweiten Klasse die Ansicht des Herrn v. Gröning teilen. Wenn das der Fall ist, so unterstreiche ich das noch einmal, was ich gesagt habe, daß man in gewissen Kreisen in Bremen für die Lösung derartiger Aufgaben keine Zeit hat, keine Mühe dafür aufwendet und kein Geld dafür bewilligt. Wir Sozialdemokraten haben in dieser Beziehung die Dinge etwas ändern wollen.

Dann hat der Herr Senatskommissar gemeint einen feinen Schachzug zu tun, indem er sich auf frühere Ausführungen von mir bezog; ich hätte gesagt, wenn in anderen Städten Arbeitslosigkeit bestände in größerem Umfange, müßte auch in Bremen eine solche Arbeitslosigkeit vorhanden sein. Allerdings, Herr Senator, so habe ich damals geschlossen, und ich glaube, Sie hätten als logisch denkender Mensch ebenso geschlossen. Wir hatten für Bremen keine bestimmten Ziffern. Die Ziffern des Statistischen Amtes waren nicht maßgebend und die Ziffern der Gewerkschaften ebenfalls nicht. Es ist ja ganz richtig, daß ich zu den Arbeitern enge Fühlung habe, und von ihnen wußte ich, und ich habe es auch im übrigen zur Genüge gesehen, wie der Andrang zum Arbeitsmarkt war, wie die Arbeitsuchenden im Hafen und vor den Arbeitsnachweisen in dichten Haufen standen, ich habe es in der Nordstraße und am Wall gesehen, wieviele Menschen da vor den Arbeitsnachweisen standen, die Arbeit suchten und keine fanden. Es war wirklich so, wie ich angenommen hatte. Ich mußte nach dem, was mir aus andern Städten bekannt war, annehmen, daß auch hier in Bremen eine große Arbeitslosigkeit bestehe. Es kommt doch auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit an, und ich habe den Schluß gezogen, weil die Ursachen der Arbeitslosigkeit in andern Städten keine anderen sind wie in Bremen, müßte auch hier wie in anderen Städten Arbeitslosigkeit bestehen. Diese Ursachen bestanden aber in der schlechten wirtschaftlichen Lage. Diese schlechte Lage ist doch nicht auf einzelne Städte beschränkt gewesen, sie bestand auch für Bremen, und darum war ich berechtigt zu sagen, es müsse auch in Bremen eine starke Arbeitslosigkeit vorhanden sein. Und deswegen habe ich eine Zählung der Arbeitslosen verlangt. Der Herr Senator meinte

dann, ich hätte von einem Problem gesprochen, aber dieses schwierige Problem sei nicht im Handumdrehen zu lösen, das bedürfe sorgfältiger Erwägungen und Beratungen, Vorarbeiten müßten angestellt werden usw. Sehr richtig, Herr Senator. Aber dieses Problem besteht schon länger als 40 Jahre; es bestand erst recht schon, als der Syndikus der bremischen Handelskammer Dr. Marcus in Bremen einen Vortrag über die kapitalistischen Verhältnisse hielt. Ich weiß nicht, ob der Syndikus Marcus identisch mit dem heutigen Senator Marcus ist. Jedenfalls wird ihm bekannt sein, daß das Problem der Arbeitslosigkeit kein neues, sondern ein sehr altes ist, es besteht solange als die kapitalistische Wirtschaftsweise besteht. Bei der enormen Entwicklung aller gesellschaftlichen Verhältnisse wäre es Pflicht der herrschenden Klassen gewesen, diesem Problem an den Leib zu gehen. Aber damit hat es eben gehapert, sie haben sich niemals gemüht gesehen, aus eigener Initiative an die Lösung zu gehen, erst die Sozialdemokraten haben dazu gedrängt, an die Untersuchung und Lösung des Problems zu gehen, soweit man überhaupt dazu in der Lage ist. Gewiß handelt es sich um ein Problem, Herr Senator, das sehr schwierig ist, darin sind wir einig. Ich bin der Überzeugung, daß das Problem heute nicht völlig gelöst werden kann, aber ich bin ebenso fest davon überzeugt, daß der Senat seit vielen Jahrzehnten seine Pflicht in dieser Beziehung arg vernachlässigt hat — — —

Präsident: Ich ersuche Sie, derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen. Damit beleidigen Sie den Senat. Das dürfen Sie in der Bürgerchaft nicht sagen.

Herr Henke: Der Senat ist ja tot, den ich meine.

Präsident: Lassen Sie doch derartige Sachen. Ich habe Sie genau verstanden. Ein solcher Ton darf in der Bürgerchaft nicht aufkommen.

Herr Henke: Die Rüge ist mir zu Unrecht erteilt, ich will sie aber zunächst einstecken. Also das Problem, das hier vorliegt, ist ein sehr altes Problem, und ich bin der Meinung, der Senat hätte da schon früher eingreifen müssen, schon vor 25 Jahren. Daß es erst heute geschieht, das ist ein trauriger Zustand. Aber die Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß das „behagliche Tempo“ verschwindet. Ich kann dem Senat auch nur Temperament in solchen Dingen wünschen, dann würde es jedenfalls in Bremen anders sein. Es ist ja bekannt, daß Bremen anderen Gemeinden immer nachhumpelt. Das haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten schon bewiesen, so daß ich verzichten will, darauf heute einzugehen.

Der Herr Senator meinte, am 31. Dezember sei die Antwort des Senats auf den ersten Antrag der Bürgerchaft gekommen und ich hätte dann 6 Wochen gewartet, bis ich wieder das Wort genommen hätte.

Das ist sehr einfach. Die Angelegenheit kam nicht eher wieder zur Sprache, es kamen die Ferien und andere Sachen dazwischen, und es war mir schlechterdings nicht möglich, dazu das Wort zu nehmen, ich hätte sonst einen außergewöhnlichen Antrag einbringen müssen, von dem ich mir aber nichts versprechen konnte, weil unsere derartigen Anträge ja immer abgelehnt werden, wie wir bei vielen Gelegenheiten immer gesehen haben. Der Senat hatte ja auch klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, nach seiner Meinung bestehe keine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit in Bremen, und diese Meinung hat ja offenbar auch Herr v. Gröning beeinflusst; er sollte dem Senat nicht immer ohne weiteres Glauben schenken.

Ich habe nicht gesagt, wie der Herr Senator verstanden hat, daß im Dezember dieses Jahres gute Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt bestehen würden, sondern ich habe gesagt, daß sich die Verhältnisse gebessert haben würden gegenüber denen im Dezember vorigen Jahres — vielleicht, höchst wahrscheinlich. Der Herr Senator meinte, dann würde auch festgestellt werden, ob im Laufe des Jahres Arbeitslosigkeit bestanden habe. Uns Sozialdemokraten wäre es aber doch lieber gewesen, wenn die Zählung schon stattgefunden hätte, als die schlechteren Verhältnisse bestanden. Dann hätte den armen Arbeitslosen doch auch geholfen werden können. Das ist nun vereitelt worden. Daß man daran geht, das Problem zu untersuchen und nach Möglichkeit zu lösen, nun ich habe nichts dagegen. Das ganze wird aber sicher sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Im vorigen Dezember wurde ein Antrag gestellt. Im Dezember des nächsten Jahres soll die Zählung vorgenommen werden. (Zuruf: Dieses Jahres!) Dann dauert es wieder ein Jahr, bis sich der Senat erklärt, was geschehen soll. Dann dauert es wieder ein Jahr, bis Vorschläge kommen. Das ist ein sehr „behagliches Tempo“, in dem der Senat sich bewegt, daß wir aber nicht loben können. Der Herr Senator hat dann gesagt, man könne doch die Streitart begraben, man solle dem Senat nicht so kriegerisch gegenüber treten. Wir sind in dieser Beziehung durchaus nicht so empfindlich wie der Senat. Wir werden die Streitart dem Senat gegenüber nie aus der Hand legen und immer das tun, was notwendig ist. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 18. März 1910:

7. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Marcus, dessen Beigeordneter Herr Baudirektor Graepel.

Präsident: Ehe wir in die Verhandlungen eintreten, gestatte ich mir, ein Schreiben des Vorstandes vom Bürgerverein der Bahnhofsvorstadt zur Verlesung zu bringen:

In der letzten Versammlung des Bürgervereins für die Bahnhofsvorstadt wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß bei der projektierten Umgestaltung der Bahnhofsanlagen der Auswandererverkehr nach der Schlachthofstraße überführt werden soll. Durch diese Maßnahme würden die Anwohner der sich ständig weiter ausdehnenden Bahnhofsvorstadt in erheblichem Maße geschädigt, da die Auswanderer meistens in sehr großen Trupps schon jetzt zu verschiedenen Malen an einem Tage die Hauptstraßen dieser Gegend passieren und die dort verkehrenden zahlreichen Passanten in arger Weise belästigen.

Um diesen Uebelstand zu beseitigen, gestatten wir uns ergebenst zu bitten, noch einmal prüfen zu wollen, ob für den Auswandererverkehr nicht eine Haltestelle entweder an der Hemmstraße oder an der Münchenerstraße, also in unmittelbarer Nähe der Auswandererhallen, eingerichtet werden kann.

Es wird noch bemerkt, daß schon jetzt die Führer der Auswanderertrupps polizeilich angehalten sind, nur die Fahrbahn zu benutzen, um die Fußsteige für das Publikum frei zu halten. Wenn aber demnächst die projektierte Straßenbahn zweigleisig durch die Admiralstraße geführt wird, so werden die ernstesten Bedenken erhoben werden müssen, die Tausende von Auswanderern, die zudem noch mit Gepäck beladen sind, durch die Straßen zu führen. Ohne Unglücksfälle wird es dann nicht abgehen.

Es muß dieserhalb hingewiesen werden auf die Veröffentlichung der Bremer Auswandererhallen in Nr. 185 der „Bremer Nachrichten“ vom 7. Juli 1909; auch ist der große Verkehr schnellfahrender Schlachterwagen in der Schlachthofstraße ein erheblicher Hinderungsgrund.

Die Auswandererplage wird von allen Anwohnern als arge Belästigung und als großes Verkehrshindernis empfunden, und leidet der ganze Bezirk der Bahnhofsvorstadt sehr darunter. Von allen Beteiligten wird als einzige Lösung dieser Frage die Führung der Auswandererzüge nach den Auswandererhallen angesehen, damit die Straßen frei werden. Die Errichtung eines besonderen Ausganges für die Auswanderer nach der Schlachthofstraße wird jedenfalls erhebliche Kosten verursachen, so daß vielleicht mit denselben Mitteln eine Haltestelle nur für Auswandererzüge in der Nähe der Auswandererhallen eingerichtet werden könnte.

Wenn sich einige Herren der Deputation und andere Bürgerchaftsmitglieder einmal an Tagen starken Auswandererverkehrs durch Inaugenscheinnahme informieren wollten, so würden sie sicher zu der Ueberzeugung kommen, daß der projektierte Weg nicht der richtige sein kann.

Wenn die Verkehrspolizei in dieser Frage ausschlaggebend sein würde, so würde sicher den berechtigten Wünschen der Anwohner Rechnung getragen werden.

Die Auswanderer wurden bekanntlich vor Errichtung der Auswandererhallen schon in anderen Stadtteilen als Belästigung empfunden. Diese Belästigungen sind aber jetzt für die Bahnhofsvorstadt viel schlimmer, weil eine strahlenförmige Teilung der Trupps am Bahnhof nicht mehr stattfindet, sondern die Auswanderer jetzt in einer Kolonne durch die Straßen geführt werden.

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand hofft, daß diese Eingabe einer wohlwollenden Prüfung unterzogen wird und die ausgesprochenen Bedenken anerkannt werden.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Marcus: Herr Präsident! Ich habe vernommen, daß in der Vorversammlung der ersten und zweiten Klasse der Wunsch ausgesprochen worden ist, noch Mitteilungen zu erhalten über die Verhältnisse der Gasanstalt, des Terrains der Gasanstalt, das durch den Erweiterungsbau des Bahnhofs in Anspruch genommen werden wird. Ich darf bemerken, daß für die erste Erweiterung, die in Frage kommen wird, die preußische Eisenbahnverwaltung das Terrain bereits erworben hat und zwar im Jahre 1898. Damals hat Preußen für seine Bahnhofszwecke ein erhebliches Gelände von Bremen erworben, unter anderem auch das Gelände, auf dem die erste Erweiterung der Bahnhofsanlagen vor sich gehen wird. Preußen hat die Aufgabe jetzt weiter gesteckt, indem es notwendig war, sich klar zu machen, wie bei einer weiteren Zunahme des Verkehrs, wie wir es alle erwarten und hoffen, vorgegangen werden soll. Für die fernere Erweiterung, die vielleicht in zehn bis fünfzehn Jahren in Frage kommen wird, wird noch ein Teil des Geländes der Gasanstalt in Anspruch genommen werden, wie es in dem Plan bereits vorgesehen ist. Nun hat die Eisenbahnverwaltung das Ersuchen gestellt, daß auch die Bürgererschaft schon jetzt Stellung zu dem Gesamtprojekt nehmen möge, damit die Eisenbahnverwaltung in der Lage ist, die erforderlichen Aenderungen nach einem einheitlichen Plane durchzuführen, und ihr später keine Hindernisse erwachsen in bezug auf die Ausdehnung des Projekts. In dieser Richtung haben die Beratungen stattgefunden. Die Bürgererschaft hat vor vier Jahren, 1906, bestimmte Wünsche geäußert. Der Senat ist der Ansicht, daß die Vorlage, wie sie jetzt gemacht ist, den Bedürfnissen des öffentlichen Verkehrs genügen wird. Nun haben Verhandlungen über die Abtretung dieses — sagen wir nach einem Jahrzehnt erst zu benutzenden Areals noch nicht stattgefunden, aber bei den Verhandlungen werden jedenfalls die Fragen, die für die Gasanstalt in Betracht kommen, mit in Erwägung genommen. Ich erinnere daran, daß bei der letzten Abtretung

von Gelände der Gasanstalt im Jahre 1898 Bremen von Preußen 416 000 M erhalten hat, und zwar 159 000 M für das Gelände, und den Rest für Baulichkeiten, die entfernt werden mußten. Jetzt muß eventuell die Reparaturwerkstatt fallen, und es würden Gasröhren zu verlegen sein oder in Frage kommen — verlegt werden brauchen sie nicht, es war das nicht ein richtiger Ausdruck von mir. Von Bedeutung wäre es ja, wenn sich technische Schwierigkeiten ergäben in dieser Beziehung. Das ist aber nicht der Fall. Ich nehme an, daß Herr Baudirektor Graepel in dieser Beziehung der Bürgererschaft noch Mitteilungen machen wird.

Was im übrigen die Frage des Vertragsabschlusses anlangt, so kann dieser Abschluß jetzt, aber auch später erfolgen. Bei dem Vertragsabschluß wird Bremen aber wie bei der letzten Geländeabtretung den Standpunkt vertreten, daß der Uebergang des Geländes zu einem angemessenen Preise erfolgt, und daß auch eine entsprechende Entschädigung erfolgt dafür, soweit ein Eingreifen in Baulichkeiten der Gasanstalt erfolgt.

Dann ist ferner eine Frage aufgeworfen worden wegen der Bauausführungen des Lloyd. Der Lloyd hat sich ja erfreulicherweise jetzt bereit erklärt, die notwendigen Einrichtungen zu schaffen, die es ermöglichen, den Lloydverkehr ganz aus den Räumen des Bahnhofs herauszubringen, ihn auf der Rückseite des Bahnhofs zu zentralisieren. Das ist ja eigentlich der Hauptwunsch der Bürgererschaft gewesen. Auf diesen Punkt richtete sich besonders die Kritik im Jahre 1906, daß der Bahnhof überlastet sei durch den Lloydverkehr und daß dies für den öffentlichen Verkehr überaus ungünstig sei. Das jetzige Arrangement bringt den Vorteil, daß der Lloyd aus den Bahnhofsräumen vollständig verschwindet und dadurch für den übrigen Verkehr Luft gemacht, auch die Möglichkeit geschaffen wird, die Verhältnisse allgemein besser zu gestalten, eine Verlegung der Wartesäle vorzunehmen, was bis jetzt nicht möglich war. Zugleich ist dabei sichergestellt, was eine wesentliche Verbesserung für den Bahnhofsverkehr bedeutet, daß der Lloydtunnel, der hergestellt werden soll, an Sonn- und Festtagen für den Ortsverkehr zur Verfügung steht.

Sodann ist im Berichte bemerkt, daß der Lloyd sich inzwischen an den Senat gewendet hat mit der Frage, ob ihm für die Errichtung einer Auswandererstation Gelände auf dem Areal der Gasanstalt zur Verfügung gestellt werden kann. Bedenken dagegen, das zu tun, stehen nicht entgegen, es ist nur die Frage, in welcher Weise. Der Lloyd hat zunächst nur angefragt, ob er es als Eigentum oder in Erbpacht bekommen könne. In dieser Richtung ist noch nichts entschieden, und ich glaube, daß wir zu dem Ergebnis kommen werden, das Gelände in Erbpacht zu geben, um in späteren Zeiten das betreffende Areal wieder an uns ziehen zu können. Ich glaube andererseits, daß es notwendig sein wird, das Gelände in Erbpacht zu geben, nicht bloß in Pacht, weil es eine außer-

ordentliche Härte für den Lloyd sein würde, auf einem Gelände, das er nur in Pacht besitzt, Werte von etwa einer halben Million zu verbauen. Im übrigen ist in der Mitteilung des Senats ausdrücklich bemerkt, daß darüber weitere Mitteilungen an die Bürgerschaft kommen werden, und diese würde dann in der Lage sein, ihre Auffassung zur Geltung zu bringen. Die Eingabe des Bürgervereins der Bahnhofsvorstadt darf ich wohl bei dieser Gelegenheit gleich mit besprechen. Die Herren vom Vorstande des Bürgervereins hatten die Güte, die Eingabe in etwas anderer Form auch der Deputation für Häfen und Eisenbahnen zugehen zu lassen. Ich habe nun sofort eine Besprechung behufs Prüfung der Frage der Verlegung der Lloyd-Auswandererstation nach der Hemmstraße oder der Münchenerstraße veranlaßt, und zu der Besprechung die beteiligten Verwaltungen zugezogen. Die Hemmstraße würde überhaupt nicht in Frage kommen, weil dort die Bebauung schon zu weit vorgeschritten ist. Anders läge die Sache bei der Münchenerstraße, weil hier das in Betracht kommende Gelände noch unbebaut ist. Die Besprechung hat aber ergeben, daß aus betriebstechnischen Gründen es nicht möglich ist, die Station für die Auswanderer von der Schlachthofstraße nach der Münchenerstraße zu verlegen, und so erfreulich es gewesen wäre, wenn es sich hätte machen lassen, so werden wir doch darauf verzichten müssen. Es läßt sich einfach der Verkehr nicht bewältigen, wenn man ihn nicht in der jetzt in Aussicht genommenen Weise zentralisiert. Es würde das von der Eisenbahnverwaltung vorgelegte Projekt mit der Frage, ob Münchenerstraße oder Schlachthofstraße stehen oder fallen. Das es nicht angenehm ist, wenn die Straßen durch den Auswandererverkehr erheblich in Anspruch genommen würden, das ist nicht in Abrede zu stellen. (Zuruf: Lauter!) Bremen ist aber seit langen Jahrzehnten ein Auswandererhafen, und wir müssen das tragen, wie man manches im Leben auch tragen muß. Es ist in den Versammlungen des Bürgervereins von einer Auswandererplage gesprochen worden. Wenn wir uns nun fragen würden, ob wir der Plage wegen auf den Auswandererverkehr verzichten wollen, so würden wir sicher die Antwort bekommen, daß daran nicht zu denken ist. Was ich aber noch hervorheben möchte, ist, daß die Auswanderer sich bekanntlich durchaus anständig verhalten, so daß in dieser Beziehung keine Klagen vorliegen.

Präsident: Herr Senator, sollte es Ihnen nicht möglich sein, etwas lauter zu sprechen? Hier ist nichts zu verstehen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Marcus: Ich glaubte, ich spräche schon überlaut. (Heiterkeit.) Ich siehe im übrigen gern den Herren zur weiteren Auskunft zur Verfügung, möchte aber zunächst bitten, Herrn Direktor Graepel das Wort zu geben, um sich

über technische Fragen zu äußern, die in Bezug auf die Gasanstalt in Frage kommen.

Herr Baudirektor Graepel: Es handelt sich bei der Verlängerung der Unterführung hauptsächlich um drei große Gas-Röhren, die möglicherweise verlegt werden müssen, oder ich will sagen, von der Verlängerung der Unterführung berührt werden. Ich muß bemerken, daß die Sorgen, die darüber laut geworden sind, zum Teil auf falschen Annahmen beruhen. Die Fundamente liegen nicht da, wo sie auf der Zeichnung angegeben sind, sondern es handelt sich um Gewölbe mit sogenannten verlorenen Niederlagern, d. h., die Gewölbe werden bis auf die Erde geführt. Wenn die Unterführung 15 m breit ist, dann ist nicht die Spannweite des Gewölbes 15 m, sondern möglicherweise 20 m, und nun wird die Spitze, die sich unten auf der Erde bildet, durch Blendmauern abgeschlossen. Es ist also zwischen der äußeren Kante des Fundamentes der Unterführung und der Unterführung selbst noch sehr viel Platz vorhanden. Die Herren Sachverständigen werden mir zugeben, daß, wenn die Röhren umgelegt werden müssen, sich das sehr gut machen lassen wird. Erforderlichenfalls kann auch ein Kanal gebaut werden, in welchem die Röhren zu liegen kommen, so daß sie leicht zugänglich sind.

Es ist mir gesagt worden, daß Wassertöpfe da wären. Das sind Töpfe, in welchen das Wasser sich ansammelt, das sich aus dem Gas ausscheidet und das aus diesen Töpfen ausgepumpt werden muß. Alle dafür erforderlichen Einrichtungen können getroffen werden. Ich kann im Einverständnis mit Herrn Direktor Dr. Schütte erklären, daß wir in dieser Beziehung ganz beruhigt sein können.

Dann ist erwähnt worden, daß das Werkstättengebäude auf dem Gelände der alten Gasanstalt nicht wird stehen bleiben können. Ich halte es nicht für unmöglich, daß bei weiterer Ausarbeitung des Projekts auch bei der Erweiterung der Anlagen im ganzen Umfange es doch möglich ist, das Werkstättengebäude zu erhalten. Sollte es aber nicht möglich sein, so kann davon nicht das vorliegende Projekt abhängig gemacht werden. Es handelt sich um ein einfaches Gebäude, das 26 m lang ist und 10 m breit; es wird also nicht große Summen erfordern, wenn das Gebäude abgebrochen und anderwärts wieder aufgebaut werden muß.

In betreff der Gasometer will ich noch bemerken, daß diese auch bei dem weitgehendsten Projekte erhalten werden können. Selbstverständlich muß man einige Vorsicht anwenden, aber technische Schwierigkeiten bestehen nicht und große Summen wird es auch nicht kosten.

Herr Knief: Daß die Vorlage nicht ganz einwandfrei ist, geht aus der verlesenen Eingabe des Bürgervereins der Bahnhofsvorstadt hervor. Jedenfalls ist es für die Anwohner nicht angenehm, die großen Aus-

wanderertrupps durch die Straßen ziehen zu sehen. Man muß auch bedenken, was es für Straßen sind. Die Schlachthofstraße wird von vielen schnellfahrenden Schlachterwagen befahren und von der Eisenbahn durchkreuzt. Für die Admiralstraße werden wir hoffentlich bald eine Vorlage bekommen wegen einer zweigeleisigen Straßenbahn. Es ist ein Weg von rund 1200 m, welchen die Auswanderer machen. Und die Auswanderer machen nicht nur einmal den Weg, sondern dreimal werden sie diese Strecke geführt: vom Bahnhof nach den Auswandererhallen und zurück zur ärztlichen Untersuchung, dann wieder zu den Auswandererhallen, zweitens kommen sie, um geimpft zu werden, wieder zum Bahnhof und dann wieder zu den Auswandererhallen, und endlich zurück zum Bahnhof, um die Reise anzutreten. Sechsmal haben sie diese 1200 m zurückzulegen, das macht im ganzen 7200 m. Der Wunsch der Anwohner wird uns deshalb klar, daß sie diese Pendelei der Auswanderer mit Sack und Pack gern beseitigt sehen. Ich hatte vor, den Antrag zu stellen, diese Vorlage zurückzuverweisen an den Senat, damit er die Deputation für Häfen und Eisenbahnen beauftragt, zu prüfen, ob nicht eine Auswandererhaltestelle geschaffen werden könne bei der Hemmstraße oder bei der Münchenerstraße. Ich habe mich aber in letzter Stunde überzeugen lassen, daß das aus betriebstechnischen Gründen unmöglich ist. Die Anwohner werden sich also notgedrungen damit abfinden müssen, daß der Auswandererverkehr dort bleibt. Aber ich glaube, es wird möglich sein, daß das Hin- und Herpendeln dieser großen Auswanderertrupps beseitigt wird. Die Auswanderer können von dem neuen Ausgang an der Schlachthofstraße nach den Auswandererhallen geführt werden, dort kann die ärztliche Untersuchung und die Impfung stattfinden. Ich möchte daher den Herrn Senatskommissar bitten, dafür energisch einzutreten, daß hierin Wandel geschaffen wird; und ich hoffe, daß das geschieht. Dann würde den Anwohnern entgegengekommen und dieses Hin- und Herpendeln beseitigt werden. Ich sage also, die ärztliche Untersuchung und die Impfung können in den Auswandererhallen bei der Walsroderstraße vorgenommen werden. Ich bitte daher den Herrn Senatskommissar, dafür eintreten zu wollen, daß das geschieht.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Marcus: Bei der von mir schon erwähnten Besprechung hat der Vertreter der Verkehrspolizei sich dahin ausgesprochen, daß er wegen der Schlachthofstraße die von Herrn Knief zur Sprache gebrachten Bedenken nicht teile, da die Straße nicht bebaut sei. Andererseits war Herr Baudirektor Graepel in der Lage mitzuteilen, daß die Baudeputation beschloßen habe, die Fahrbahn der Schlachthofstraße auf 9 m zu verbreitern, so daß selbst wenn die Straßenbahn durch diese Straße gelegt werden sollte, was noch nicht bestimmt ist, dann auch für den Auswandererverkehr auf der Fahrbahn genügender

Raum vorhanden sei. Was dann die Frage wegen des häufigen Hin- und Herführens geschlossener Züge von Auswanderern betrifft, so ist bei der Besprechung von dem Vertreter des Lloyd erklärt worden, daß es in Zukunft so gehalten werden würde, daß die Auswanderer, wenn sie geimpft wären, nicht mehr zu den Auswandererhallen zurückgeführt, sondern im Anschluß an die Impfung mit dem Zuge weiterbefördert werden würden, daß also damit die eine Beförderung auf der Straße wegfalle. Die jetzt vom Lloyd geplanten Einrichtungen sollen allen Anforderungen, die der Auswandererverkehr stellt, tunlichst gerecht werden. Damit ist zu hoffen, daß die Verhältnisse für die Stadt ganz erheblich verbessert werden.

Herr Wuppesahl: Man kann zweifellos erfreut sein, daß die langen Verhandlungen sich zu einem Definitivum verdichtet haben und erfreut sein, daß der Verkehr eine solche Zunahme aufweist, daß es notwendig ist, mit den Arbeiten vorwärts zu kommen. Und da wird von Bremen das weitgehendste Entgegenkommen gezeigt werden müssen. Ich möchte an einen Umstand erinnern. Sie erinnern, daß vor Jahren, als der erste Plan vorlag und als es sich um Austausch von Gelände zwischen der Eisenbahndirektion und Bremen handelte, welches zwischen der Parkallee, dem Barthof, den Bahnhofsanlagen und der Franz-Schüttestraße lag, als es sich darum handelte, diesen Austausch zu bewilligen, daß auf Anregung von dem damaligen Bürgerschaftsmitgliede, jetzigen Herrn Senators Dreier die weitgehendsten Versprechungen gemacht worden sind, daß das Gelände an der Franz-Schüttestraße nicht berührt werden würde, sondern daß der Eisenbahnfiskus gehalten sei, diese Straße als Wohnstraße auszubauen. Der damalige Plan, Entwurf III, Blatt 2a, enthält noch nicht die Franz-Schüttestraße. Der Plan von 1907, 1908 enthält die Straße in einem Bogen, aber die Geleise, die auf dem ersten Plane eingezeichnet sind, haben jetzt eine wesentliche Verbreiterung erfahren, und wenn jetzt in dem Berichte darauf hingewiesen wird durch den Satz „Die Verlängerung der Bahnsteige bedingt selbstverständlich auch eine Erweiterung der Gleisanlage im Anschluß an die Personenhalle und damit auch eine Verlegung der Geleise usw.“, so ist der Schwerpunkt auf die Gustav Deetjen-Allee gelegt. Aber es steht zwischen den Zeilen, daß weiter ostwärts auch Geleise gelegt werden. Und was ist das Resultat? Daß die Franz-Schüttestraße nicht zweiseitig ausgebaut werden kann, sondern daß nur an einer Seite Häuser stehen und das Terrain auf der andern Seite und zwischen den Bahnhofsanlagen mit Schienengeleisen belegt wird. Soweit ich es übersehen kann, handelt es sich um neun Schienengeleise. An der Stelle, wo jetzt die Droschken-Halterei ist, wird das Stellwerk errichtet. Vermutlich wird folgendes passieren: daß die überflüssigen Wagen vom Stellwerk nach der Barthofstraße

rechts ab vor den Häusern an der Schüttestraße hinbugsiert werden. Ich frage, was schlimmer ist, wenn im Westen über Dampf von Lokomotiven geklagt wird, oder wenn später geklagt wird, daß den ganzen Tag die überflüssigen Wagen gegen den Prellbock gejagt werden. Namentlich in der Nacht wird das zur Erhaltung der Lebhaftigkeit der Bewohner beitragen. (Heiterkeit.) Ich muß gestehen, daß das eine große Ueberraschung war. Entgegen den damals abgegebenen Versprechungen ist der jetzige Vorschlag eine wesentliche Abweichung. Das bleibt nicht eine Villenstraße, das wird ein großer Bahndamm mit einigen Häusern davor. Wer dort Häuser baut und wer dort Gelände hat, der muß wissen, wie er seine Haut zu Markte tragen muß. Die Anwohner der Barthofstraße bekommen in einer Entfernung von 15 m von der Vorderseite ihrer Häuser den Bahndamm. Das ist nach meiner Meinung eine Belästigung. Ich muß gestehen, daß ich sonst mit den Ausführungen des Herrn Senators zufrieden bin. Ich möchte, daß die Angelegenheit von einer Kommissionesehen wird, ob nicht noch eine Aenderung geschaffen werden kann, wenn uns nicht eine andere Erklärung gegeben wird. Ich stelle den Antrag,

den Gegenstand an eine Kommission von neun Mitgliedern zu verweisen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Schütte: Auch ich begrüße die Vorlage sehr, bringt sie uns doch eine ganz erhebliche Verbesserung für den Reiseverkehr, obgleich sie in einer Richtung auch eine Verschlechterung ist, denn bei allen diesen Verbesserungen des Bahnhofes ist keine Aussicht, den Bahnhof von der Stelle los zu werden und ihn ein paar Kilometer weiter nordwärts zu legen, es sei denn, daß am 18. Mai der Komet uns hilft und mit seinem Schwanz den Bahnhof wegsegt. (Heiterkeit.) Auch in anderer Weise ist es keine Besserung für die Stadt, indem es nicht möglich ist, den Bahndamm so zu erhöhen, daß die Eisenbahntunnel etwas besser eingerichtet werden können. Die Tunnel an der Fındorf- und an der Hemmstraße sind so miserabel, daß man nicht sagen kann, daß sich etwas daraus machen ließe. Aber man verschlimmert die Lage noch dadurch, daß man einen andern Tunnel erweitern will, also daß man das Uebel noch vergrößert.

Ich hatte mich zum Worte gemeldet, um mich wegen der alten Gasanstalt zu äußern. Nach den Erklärungen von Herrn Senator Marcus kann ich verzichten. — Dann noch einen Punkt über die Verhandlungen mit dem Lloyd. Der Bericht sagt, daß die Verhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und dem Lloyd vorläufig zu einem Schluß gediehen sind, und er sagt, daß infolge dessen der Lloyd an den Staat herantritt, um Gelände zu verlangen zu Eigentum oder in Erbpacht. Meine Herren, an dieser Stelle Areal wegzugeben an einen Dritten, halte ich für ganz

außerordentlich gefährlich. Wer kann sagen, wie das Areal später noch einmal benutzt werden muß? Es wird jetzt allerdings lediglich für Bahnhofsanlagen benutzt, aber niemand kann in die Zukunft sehen; und darum möchte ich entschieden dagegen sein, daß der Verkauf an den Lloyd genehmigt oder das Areal auch nur auf längere Zeit in Erbpacht gegeben wird. Ich halte das für sehr bedenklich. Jedenfalls müßte der Vertrag so gefaßt sein, daß klar dem Staate das Recht vorbehalten wird, unter Aufwand von großen Kosten allerdings, das Areal wieder in seine Hand zu bekommen. Neulich habe ich in einer Akte, die mir zugeing, gelesen mit Vergebung in Erbpacht, allerdings mit dem Zusage, den ich gemacht habe. Aber nachdem ich die Karte gesehen habe — sie ist nicht sehr deutlich, sondern sehr eng — möchte ich nicht, daß es geschieht, daß es in Erbpacht gegeben wird. Nun sagt der Bericht, daß der Fiskus mit dem Lloyd verhandelt habe und daß alles in schönster Ordnung sei. Ich denke, daß der Staat nicht die Absicht hat, für Staatsrechnung diese Gebäude schaffen zu wollen, sondern wie wir es in verschiedener Weise in Bremerhaven gemacht haben, dem Lloyd diese Gebäude zu verpachten gegen eine Zinse; dann würde der Staat es in der Hand haben, über das Gelände zu verfügen, wenn er es nötig hat und wenn er Aussicht hat, es anderweitig verwenden zu können. Das ist klar, wenn gebaut wird, daß es dann lange bleibt. Aber in dem Berichte wird es so klargelegt, daß wir die Vorlage einfach genehmigen sollen, was wir auch tun müssen, denn wir können nichts daran machen. Es haben lange Verhandlungen stattgefunden, und sie haben ein sehr glückliches Ende gefunden. Aber in der Vorlage wird gesagt von Verkauf oder von Erbpacht, und wenn wir den Mund nicht aufstun, dann heißt es nächstens einmal, wir hätten uns einverstanden erklärt. Ich will der Behörde und den Verhandlungen keinen Knüttel zwischen die Beine werfen. Ich möchte nur, daß wir vollständig freie Hand behielten und bitte, folgenden Antrag anzunehmen:

Die Bürgerchaft nimmt die Mitteilung des Senats dankend entgegen; sie lehnt aber ab den in der Mitteilung erwähnten Verkauf von Areal an den Norddeutschen Lloyd; sie kann auch der Ueberlassung in Erbpacht noch nicht zustimmen, sondern behält sich ihren Beschluß bis nach Eingang weiterer Mitteilung vor.

Das ist nichts weiter, als daß wir uns auf den Bericht von heute nicht festlegen wollen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Marcus: Zunächst bin ich Herrn Schütte dankbar, daß er seine Bedenken bezüglich der Lloydauwandererstation heute zur Sprache gebracht hat. Es ist jedenfalls erwünscht, daß solche Bedenken rechtzeitig verlautbar werden. Mir ist es aber zweifelhaft, ob der Vorschlag, der Staat

möge die Bauten selbst ausführen, zweckmäßig ist. Es werden bei dem Bau Bedürfnisse speziellster Art in Frage kommen, die der Lloyd notwendig zu berücksichtigen haben wird. Er wird wahrscheinlich an der Hand der Erfahrungen Verbesserungen und Änderungen aller Art vornehmen müssen, um dem Verkehre folgen zu können. Der Lloyd konnte also ein sehr unbequemer Mieter für den Staat werden. Das muß bei der Prüfung der Angelegenheit jedenfalls berücksichtigt werden. Die Vorlage selbst präjudiziert in diesem Punkte noch nichts. Es würde also an sich des gestellten Antrages wohl nicht bedürfen. Ich habe aber nichts einzuwenden, wenn die Bürgerschaft den Antrag annehmen will. Würde sich bei weiterer Behandlung der Sache ergeben, daß der Vorschlag von Herrn Schütte nicht praktisch ist, so bin ich sicher, daß Herr Schütte der erste sein wird, ihn nicht weiter zu verfolgen.

Was den Antrag des Herrn Wuppesahl anlangt, die Vorlage noch einmal an eine Kommission zu verweisen, so bin ich darüber außerordentlich betrübt. Wenn man die Eisenbahnverwaltung zwingen will, von einem ihr an und für sich zustehenden Rechte keinen Gebrauch zu machen, ein Gelände, was sie hat, nicht zu verwenden für Zwecke des Eisenbahnbetriebs, so wird sich das nicht so einfach machen lassen, es wird das nicht sehr rasch zum Ziele führen. Nun haben wir bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß es dringend erwünscht sei, unsere Bahnhofsverhältnisse zu bessern. Darüber haben wir seit acht Jahren verhandelt. Das vorliegende Projekt trägt den Bedürfnissen Rechnung. Nun soll die Sache wieder zurückverwiesen werden, es sollen wieder kommissarische Verhandlungen erfolgen. Wann dann das Projekt wiederum an die Bürgerschaft kommen wird, kann ich nicht versprechen. Auf der andern Seite kann ich mitteilen, daß mir gelegentlich einer Rücksprache erklärt worden ist, daß die Eisenbahnverwaltung, sowie das Projekt von der Bürgerschaft genehmigt und dann in Berlin von dem Arbeitsminister die ordnungsmäßige Genehmigung erfahren hat, der so wünschenswerte Umbau des Bahnhofs in beschleunigtem Tempo erfolgen soll, um die bekannten schweren Bedenken, die der jetzige Betrieb mit sich bringt, zu beseitigen. Während also nach Annahme der Vorlage sofort in die Baulampagne eingetreten werden würde, befürchte ich, daß durch eine Zurückverweisung der Umbau wiederum eine große Verzögerung erleiden wird. Ich erinnere daran, daß bei früheren Verhandlungen in der Bürgerschaft darauf das Gewicht gelegt war, es sollten auf dem Gelände, was Herr Wuppesahl im Auge hat, keine Lokomotivstation errichtet werden, weil man mit Recht sagt, daß das ein unangenehmer Betrieb sei, der die Anwohner mit sehr viel Rauch belästige. Nun wird gesagt, daß die Eisenbahnverwaltung auch nicht berechtigt sein solle, dieses Gelände mit Gleisen zu belegen. Das ist mir neu und widerspricht wie gesagt dem Recht was die Eisenbahnverwaltung an ihrem

Eigentum hat. Die Eisenbahn muß doch Aufstellgleise haben. Ich weiß nicht, was die Eisenbahnverwaltung sagen würde, wenn wir ihr erklärten: Hier darfst du keine Aufstellgleise anlegen. Auf der einen Seite wünschen wir einen geräumigeren Bahnhof, von dem wir hoffen, daß er eine große Zukunft haben wird, und auf der anderen Seite würden wir für den Bahnhof keine Aufstellgleise bewilligen. Das ist eine unmögliche Situation. Ich möchte Herrn Wuppesahl bitten, das nicht zu verfolgen.

Herr Wuppesahl: Herr Präsident! Nach den mir gewordenen Informationen aus dem Kreise der Bürgerschaft hatte ich erwartet, daß die Vorlage jedenfalls an eine Kommission gehen würde. Es scheint mir aber, daß dafür keine Stimmung vorhanden ist und aus diesem Grunde ziehe ich persönlich

den Antrag auf Verweisung an eine Kommission zurück,

und zwar deswegen, weil der Herr Senatskommissar uns hinsichtlich der übrigen Punkte befriedigende Erklärungen abgegeben hat. Aber bei dem Punkte, den ich angeschnitten habe, muß ich verweisen auf die Verhandlungen der Bürgerschaft 1904 oder 1906, wo uns die bündige Erklärung gegeben wurde, daß dieses Terrain nicht zu Eisenbahngleisen verwendet werden solle. Das Terrain, wo die verlängerte Franz Schüttesstraße angelegt werden soll, gehört der Bahn, und die Straße bleibt auch bestehen, sie wird aber nur an der linken Seite bebaut werden. Der Herr Senatskommissar sagt nun, man könne es dem Eisenbahnfiskus nicht verdenken, daß er das Areal für Eisenbahnanlagen verwende, und er hat eben gesagt, es hätte sich damals nur darum gehandelt, daß dort keine Lokomotivschuppen errichtet werden sollten. Ich frage Sie aber, was unangenehmer ist, wenn dort Lokomotivschuppen errichtet werden oder wenn nachts fortwährend Wagen gegen die Prellböcke stoßen? Ich möchte den Herrn Senatskommissar bitten, bei dem Eisenbahnfiskus in dieser Sache vorstellig zu werden und auf die Bedenken hinzuweisen, die in der Bürgerschaft geltend gemacht sind. Hier kann man ruhig sagen, daß nicht gehalten ist, was damals in Aussicht gestellt ist. Ich bitte den Herrn Senatskommissar, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß wenigstens nicht alle diese Gleise dahingelegt werden, sondern etwas weniger. (Heiterkeit.)

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Herr Schütte, ich habe Ihren Antrag etwas verändert:

Die Bürgerschaft nimmt die Mitteilung des Senats dankend entgegen und stimmt den vorgelegten Plänen zu, sie lehnt aber ab den in der Mitteilung erwähnten Verkauf von Areal an den Norddeutschen Lloyd; sie kann auch der Ueberlassung in Erbpacht noch nicht zustimmen, sondern behält sich ihren Beschluß bis nach Eingang weiterer Mitteilung vor.

Herr Schütte: Einverstanden.

Der Antrag Schütte wird angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Bericht der Kommission (Nr. 4) wegen Erleichterung des Verkehrs zwischen Schiff und Land am Weserbahnhof.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen, dessen Beigeordneter Herr Baurat Sinzig.

Herr Groninger: Herr Präsident! Meine Herren! Ich glaube, aus dem Bericht der Kommission werden Sie ersehen haben, daß die Sache von ihr ganz gründlich untersucht ist. Mit den Vorschlägen, die sie macht, haben sich alle Herren, auch diejenigen, die sich früher über die Zustände beschwert haben, einverstanden erklärt. Ich bitte die beiden Anträge anzunehmen.

Herr Kruse: Ich würde nicht das Wort genommen haben, wenn nicht in dem Bericht stünde:

Die Besichtigung ergab, daß die Verhältnisse am Weserbahnhof im allgemeinen nicht so ungünstig sind, wie man nach den Verhandlungen in der Bürgerschaft annehmen konnte.

Meine Herren! Ich muß sagen, daß ich das, was ich früher gesagt habe, voll und ganz aufrecht halte, alle die Zustände, die ich genannt habe, sind wirklich vorhanden und eine Unsicherheit beim Anbordgehen besteht. Das ist auch von allen Kommissionsmitgliedern anerkannt worden. Wenn sie von einigen Sachen ein nicht so ungünstiges Bild bekommen haben bei der Besichtigung, so lag das daran, weil besondere Maßnahmen getroffen waren: die Schiffe waren so hingelegt, wie es sonst nie der Fall ist. Der Sachverständige hat das ausdrücklich zugestehen müssen. Allerdings hat er gesagt, nicht er hätte die Anordnung getroffen, sondern das hätte sein Sohn gemacht. Das war schon eins, was die Verhältnisse als etwas günstiger dargestellt hat als sie in Wirklichkeit sind. Es wurde überhaupt von dem Sachverständigen mitunter etwas vorgetragen, was sich nachher anders herausstellte. Von dem Sachverständigen wurde einmal gesagt: „Sie dürfen nicht auf dieses Jahr zurückgehen, dieses Jahr hat besonders viel Hochwasser gehabt, da ist das Bollwerk besonders häufig überschwemmt worden, in anderen Jahren ist es nicht so schlimm.“ Es stellte sich aber bei der Besichtigung heraus, daß das Bollwerk unter Wasser war, und nachher hat Herr Baurat Sinzig Wassertabellen vorgelegt, aus denen zu ersehen ist, daß gerade in diesem Jahre die Verhältnisse besonders günstig sind und daß in zehn Jahren dieses Jahr von sechs oder sieben übertroffen sind. Es wurden von dem Sachverständigen Ausführungen so gemacht, als wenn wirklich die Verhältnisse nicht so schlimm wären. Von dem einen Unfall, der passiert ist, wurde von dem Sachverständigen gesagt: „Dieser Mann ist ein dem Trunk ergebener Mann gewesen, er war sonst ein tüchtiger Mann, war aber dem Trunk ergeben, und da ist er von dem Bollwerk heruntergefallen und man hat ihn unten aufgefunden.“ Aus den Akten,

die Herr Abdiß so freundlich war herbeizubringen, war aber zu sehen, daß das nicht der Fall gewesen ist, sondern daß der Mann erst vermißt wurde, und erst später hat man ihn aufgefunden mit einer Wunde am Kopf. Es ist also anzunehmen, daß er vom Bollwerk heruntergefallen ist auf die Steinschüttung und sich dabei den Kopf verletzt hat. So wurde von dem Sachverständigen etwas anderes vorgebracht. Es wurde dann von dem Sachverständigen persönlich zugegeben, daß es, wie ich immer gesagt habe, dort schlecht und sehr gefährlich wäre. Es wurde von dem Sachverständigen auch zugegeben, daß mit den kleinen Booten schlecht zu agieren sei und daß nächtlich schlecht von Bord an Land zu kommen sei, das sei aber immer so gewesen. Alles, was ich gesagt habe, hat sich als richtig herausgestellt. Ich hatte beantragt, daß ein Laussteg gemacht werden sollte. Es hat sich aber herausgestellt, daß eine Tieferlegung des Weserbettes wahrscheinlich schon im nächsten Jahre kommen werde und daß dann große Änderungen am Weserbahnhof gemacht werden müssen und dann wären die ganzen Arbeiten jetzt für nichts, nur für ein paar Jahre angewendet. Deshalb habe ich mich schweren Herzens mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden erklärt, daß das Vorbollwerk erhöht und das Handgelande verlängert wird. Die Klagen über das Anlandkommen der Schiffer habe ich in der Bürgerschaft nicht zuerst erhoben, sondern sie sind schon vor mehreren Jahren von der Unfallversicherungsgesellschaft erhoben, es wurde aber darauf hingewiesen, daß Änderungen schwer vorgenommen werden könnten. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder wohl die Ansicht bekommen haben, daß Gefahr für die Schiffer beim Anlandgehen nach wie vor heute noch besteht. Deshalb bitte ich, die Anträge der Kommission anzunehmen.

Herr Kohls: Herr Präsident! Meine Herren! Ich erlaube mir, zu dem zweiten Antrage der Kommission folgendes Amendement zu stellen:

Sie genehmigt, daß der niedriger gelegene Teil des Vorbollwerks auf die Höhe von — 0,10 gebracht wird, für genügende Beleuchtung gesorgt wird und daß die zum Budget für 1910 beantragte Verlängerung der Handläufer sofort zur Ausführung gelangt und bewilligt usw.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Baurat Sinzig: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte zunächst Herrn Hafenskapitän Bremer in Schutz nehmen. Er — oder sein Sohn, das ist ja gleichgültig — hat die Schiffe aneinandergelegt, nicht um zu zeigen, wie es immer geschieht, sondern um zu zeigen, wie es gemacht werden kann, wie die Schiffer dafür sorgen können, daß sie auf einem kurzen Wege auf das erste Schiff kommen und nachher über einige Schiffe hingehen können. Wenn zum Bei-

spiel nur zwei oder drei Schiffe da liegen, kann man das selbstverständlich nicht machen. Er hat zeigen wollen: So kann es gemacht werden.

Was die Beleuchtung anlangt, so hat die Deputation eine solche bereits angeordnet. Für die untere Hälfte des Weferbahnhofs ist die Beleuchtung fertig und seit einigen Tagen in Betrieb; für die obere Hälfte wird sie in der nächsten Zeit eingerichtet werden. Hier müssen elektrische Lampen genommen werden, weil man an Gaslaternen zum Zweck des Anzündens und Auslöschens an dieser Stelle nicht herankommen kann.

Präsident: Nach dieser Erklärung ist Ihr Amendement wohl überflüssig, Herr Kohls?

Herr Kohls: Ich möchte darauf bestehen, daß es bleibt.

Präsident: Wenn aber Herr Baurat Sinzig erklärt, daß die Beleuchtung schon fertig ist oder vor ihrer Vollendung steht — aber wie Sie wollen.

Herr Groninger: Ich wollte nur konstatieren, daß der Entwurf zu diesem Bericht seinerzeit den Mitgliedern der Kommission zugesandt worden ist mit der Bitte, wenn daran etwas auszufehen wäre, mir als Vorsitzenden darüber Mitteilung zu machen. Von keiner Seite ist irgend eine Bemängelung gemacht, und ich habe deshalb geglaubt, daß die von Herrn Kruse erwähnte mißliebige Bemerkung des Berichts von allen Mitgliedern gebilligt werde. Ich kann nicht anders sagen, als daß die Verhältnisse am Weferbahnhof auf die Mehrheit der Kommission nicht den Eindruck gemacht haben, wie es von Herrn Kruse dargestellt worden ist.

Herr Theilen: Herr Präsident! Meine Herren! Ich hatte nicht die Absicht, mich zum Worte zu melden, ich tue es nur aus dem Grunde, weil Herr Baurat Sinzig den Hafenkapitän Bremer in Schutz nimmt. Was Herr Kruse gesagt hat, ist voll und ganz wahr, meine Herren! Denn bei der ersten Besichtigung wurde Herr Hafenkapitän Bremer darauf aufmerksam gemacht, daß die Schiffe heute morgen ganz besonders wunderbar lägen, zusammengelegt wären. Das war morgens 9 Uhr. Mehrere Schiffer hatten es mir mitgeteilt. Kapitän Bremer bestritt das anfangs ganz entschieden, daß er die Anordnung getroffen hatte, und nur auf dringendes Raten, er möchte es zugeben, sonst würde die Sache nicht mit Stillschweigen übergangen, gab er am Ende zu, daß er das nicht getan hätte, aber vielleicht sein Sohn. Sein Sohn ist aber sein Untergebener, und er ist verantwortlich. Das darf aber nicht einreißen, daß, wenn eine Kommission zur Besichtigung kommt, ein staatlicher Sachverständiger Anordnungen trifft, die der Kommission ein ganz falsches Bild geben müssen. Das müssen wir ganz entschieden verurteilen.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Trotz der moralischen Entrüstung des Herrn Theilen muß ich doch noch konstatieren, daß dem Hafen-

kapitän des Norddeutschen Lloyd, Bremer, kein Vorwurf aus dem gemacht werden kann, was geschehen ist. Lediglich sein guter Wille hat ihn dazu veranlaßt, an den Verhandlungen überhaupt teilzunehmen, und ich befürchte, daß er sich vielleicht bedenken wird, sich in dieser Weise wieder zu betätigen, wenn er in der Bürgerschaft darum in dieser Weise angegriffen wird. Er hat nur ein Bild geben wollen davon, wie man die Sache machen könnte. Ist denn das ein Verbrechen, wenn man eine Sache so hinstellt, wie sie gemacht werden kann, wenn man die Sache vernünftig zusammenstellt? Wie kann ihm daraus ein Vorwurf gemacht werden? Ich weiß nicht, wie man hier eine solche Unsumme von Tragik verschwenden kann. Und wenn es selbst so gewesen sein sollte, wie Herr Theilen behauptet, so möchte ich an militärische Verhältnisse erinnern. Wenn beim Militär eine Inspektion angemeldet ist, kann man es dann dem Kommandierenden, der visitiert werden soll, verdenken, wenn er die Sache so gut wie möglich vorbereitet in einer Form, wie sie nach seiner Meinung sein mußte? Können Sie ihm das übel nehmen? Durchaus nicht. Es ist also ganz unnütz, sich darüber zu entrüsten. Ich habe selbstredend keinerlei Vorbereitungen für die bevorstehende Besichtigung der Kommission angeordnet. Es wird wirklich um diese Sache viel zu viel geredet, viel zu viel Entrüstung verschwendet. (Rufe: Sehr richtig! Schluß! Schluß!)

Präsident: Es ist von verschiedenen Seiten Schluß beantragt. Zum Wort angeschrieben haben sich noch die Herren Addicks und Kruse.

Herr Theilen: Ich habe mich auch gemeldet.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Addicks: Herr Präsident! Meine Herren! Als Mitglied der Kommission kann ich die Ausführungen des Herrn Groninger nur voll und ganz bestätigen. Ich wollte dann Herrn Kruse erwidern, daß die Unfälle, die in der Kommission besehen sind, allerdings auf Gefahren im Schiffahrtsbetriebe, aber nicht auf schlechte Verhältnisse am Weferbahnhof zurückzuführen sind. Herr Kruse erwähnte den Fall, daß im Juli 1894 ein Mann ins Wasser gefallen und als Leiche aufgefunden sei. Die Ursache hat nicht festgestellt werden können. Ein anderer Fall. Ein Mann, der auf dem Bollwerk stand am Weferbahnhof, warf einem in einem Boot fahrenden Matrosen ein Tau zu, dabei ist er ins Wasser gefallen und leider ertrunken. Das ist ein Betriebsunfall, wie er sich jeden Tag wiederholen kann, der aber mit den Anlagen am Weferbahnhof nichts zu tun hat. Dann der dritte Fall. Ein Kapitän ging auf dem Außenbollwerk am Weferbahnhof, bekam einen Schwindelanfall und fiel herunter auf die Steinschüttung, erlitt schwere Verletzungen und ist an deren Folgen gestorben, also auch ein Fall, der nicht auf die Gefährlichkeit der Weferbahnhof-Anlagen zurückzuführen

ist. (Zurufe: Wann sind die Unfälle passiert?) 1894, 1896 und 1898. (Herr Bürgermeister Dr. Barkhausen: Der letzte also vor 12 Jahren!)

Präsident: Fünf Herren von der Kommission haben geredet, jetzt kommt Herr Kruse. (Weiterkeit.)

Herr Kruse: Herrn Groninger antworte ich, daß ich den Bericht allerdings zugestellt erhalten habe, es fehlte mir aber zuerst an Zeit, schriftlich zu antworten, und dann war die Zeit verstrichen. Erst Montag abend erhielt ich das Schriftstück eingefandt. Allgemein ist es doch Gebrauch, wenn ein Bericht festgestellt ist, daß dann den Kommissionmitgliedern Gelegenheit gegeben wird, mündlich darüber zu beraten. Was das weitere anlangt, so haben die Sachverständigen Unrecht, wenn sie sagen, es wäre nicht so gewesen. Herr Bürgermeister, Sie werden mir zugeben, daß der Sachverständige Kapitän Bremer uns nicht gesagt hat: Meine Herren, ich habe Ihnen nur ein Bild davon geben wollen, wie die Schiffe liegen können, sondern er hat bestritten, daß die Schiffe besonders gelegt wären, die Schiffe lägen immer so. Ich habe dann zu dem Kapitän gesagt: Ich bin jeden Tag immer da, aber noch nie habe ich ein so geordnetes Bild gesehen. Da mußte der Kapitän zugeben, daß die Schiffe anders gelegt waren. Er sprach dann auch von Hochwasser- und Eisverhältnissen, aber jetzt haben wir kein Hochwasser und kein Eis. Dann ist mir von einem Kommissionmitglied auch gesagt worden, daß Kapitän Bremer gesagt habe: Wenn ich jetzt die Leute erfahre, die das übergetragen haben, werde ich ihnen das Ohr brennen. Ich sage nicht mehr, als tatsächlich gewesen ist. Was die Unfälle betrifft, so gebe ich zu, daß vielleicht nicht viele Unfälle der Unfallversicherung vorgelegt sind, aber es sind auch kleine Unfälle vorgekommen, daß jemand ins Wasser gefallen ist und man ihn wieder herausgezogen hat usw. Solche Unfälle werden nicht aufgegeben. Wenn einer das Glück hat und wird gerettet, dann ist der Unfall nicht dagewesen. Viele solcher Unfälle kommen auch vor, weil die Schiffer das Boot nicht agieren können. Ich möchte noch einmal sagen, daß ich nichts weiter gesagt habe von Herrn Kapitän Bremer, daß — — (Am Stenographentische nicht zu verstehen.)

Herr Theilen: Ich muß Herrn Groninger recht geben. Der Antrag steht in seinem vollen Rechte. Wir haben ihn rechtzeitig bekommen, und von keiner Seite ist Beschwerde erhoben worden. Ich habe gesagt, ich hätte mich vorhin nicht gemeldet, wenn Herr Baurat einzig Herrn Kapitän Bremer nicht in Schutz genommen hätte. Ich will nicht weiter darauf eingehen, aber was ich gesagt habe, weiß Herr Baurat. Das ist in den Kommissionssitzungen klargestellt, und daß alles

richtig ist, denn Herr Kapitän Bremer konnte nichts darauf sagen, er mußte es zugeben. Wenn Herr Abdiß sagt, es seien fünf Fälle gewesen, — (Zuruf: drei!) Er hat auch zwei Fälle im Auge, wo es keine Lloydsschiffer waren, sondern solche Schiffer, die zur Oberweiserschiffahrt gehören, — so können wir das nicht bestreiten, weil uns das Material nicht zur Verfügung steht. Aber daß leicht Unfälle vorkommen, das ist wahr und begründet, und daß kein älterer Schiffer Malheur gehabt hat mit seinem Kahn, das ist gesagt worden. Dem Herrn Senatsskommissar möchte ich noch erwidern, daß wenn wir von der Bürgerschaft kommen, wir dann keine Soldaten sind, und militärische Disziplin haben wir nicht nötig. Wir können wohl Tatsachen sehen, aber nicht abstellen.

Das Amendement von Herrn Kohls wird angenommen.

Die beiden Anträge der Kommission werden mit diesem Amendement angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 8. Oktober und 17. Dezember 1909 und Bericht der Kommission (Nr. 5):

Landwirtschaftliche Winterschule.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat die Vorlage geprüft und nichts einzuwenden.

Herr Professor Dr. Dieß: Herr Präsident! Meine Herren! Dem Berichte, der Ihnen gedruckt vorliegt, ist wenig hinzuzusetzen. Ueber die Sache selbst, daß es zweckmäßig ist, die Gärtnerfachklasse der landwirtschaftlichen Winterschule anzugliedern, ist in der Bürgerschaft kaum irgendwelche Meinungsverschiedenheit hervorgetreten. Die Schwierigkeit lag darin, daß die Gärtnervereinigung fürchtete, bei dieser Neuordnung der Dinge würde ihr langjähriger Fachlehrer, der bisher ihren Gärtnerlehrlingen den Fachunterricht erteilte, nicht oder doch nicht genügend Verwendung finden. Diese Schwierigkeit ist durch eine friedliche Verständigung überwunden, und so ist zu hoffen, daß heute die Vorschläge, welche die Schuldeputation gemacht und welche die Kommission einfach übernommen hat, Ihre Zustimmung finden werden und damit diese Angelegenheit, die uns ja wiederholt beschäftigt hat, zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt wird. Es ist das besonders deshalb zu begrüßen, weil dadurch die landwirtschaftliche Winterschule auf eine Grundlage gestellt wird, die ihren Fortbestand, der ja wiederholt gefährdet war, für die Zukunft gewährleistet. Ich bitte daher die Anträge der Kommission anzunehmen.

Freilich ist eine kleine Abänderung vorzunehmen, wie mir nachträglich bekannt geworden ist. Die Anträge unter a und b sind heute noch notwendig. Der Antrag unter c fällt dagegen weg, da die Beträge in das neue Budget in dieser Höhe eingestellt und für das abgelaufene Jahr nicht mehr notwendig sind. Dann ist auf der zweiten Seite des Kommissionsberichtes im Schlusssatz gesagt:

Endlich empfiehlt die Kommission den Wunsch der Gärtnervereinigung, ihr die Kosten des ihrerseits an die Gärtnerlehrlinge erteilten Unterrichts vom 1. Januar bis 31. März 1910 zu ersetzen, der Behörde zur Berücksichtigung.

Da diese Ausgabe im letzten Budgetjahr entstanden und es zweckmäßig ist, daß sie auch aus Mitteln des alten Budgets gedeckt wird, so dürfte es sich empfehlen, daß die Bürgerschaft, falls sie der Ansicht der Kommission beitrifft, den geringen Betrag heute sogleich bewilligt, damit diese Sache noch auf das alte Budget verrechnet werden kann. Es handelt sich um 757.75 M., und diese werden vielleicht aus dem Posten „Hilfsunterricht“ noch bestritten werden können. Ich gestatte mir daher folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft genehmigt die Anträge der Kommission unter a) und b) und bewilligt zugleich M. 757.75 für den seitens der Gärtnervereinigung an ihre Lehrlinge vom 1. Januar bis 31. März 1910 erteilten Unterricht.

Herr Groninger: Ich kann verzichten. Ich wollte die Sache richtigstellen.

Der Antrag von Herrn Professor Dr. Dieß wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 22. März 1910:

6. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets der Staatsanwaltschaft.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Der Antrag wird angenommen.

7. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets der Feuerwehr.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Der Antrag wird angenommen.

10. Inventar für den III. Bauabschnitt der Hauptfeuerwache.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Der Antrag wird angenommen.

II. Hochbauten an der Schleuse des Industrie- und Handelshafens.

Präsident: Es hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Drei Doppelhäuser für je zwei Schleusenwärter, statt Maschinisten.

Herr Schrage: Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und keine Einwendungen zu machen. Sie empfiehlt die Annahme.

Herr Notar Tebelmann für die Dienstwohnungs-kommission: Es handelt sich um die Schaffung einer Kolonie, bestehend aus einer Reihe von Dienstwohnungen, für den Hafenmeistergehilfen, zwei Wohnungen für Maschinisten und sechs Wohnungen für Schleusenwärter. Es sind einstöckige Häuser projektiert. Die Dienstwohnungs-kommission hat sich eingehend damit beschäftigt, und sie war zuerst der Ansicht, daß es besser und billiger sei, wenn statt der niedrigen Häuser zweistöckige gebaut würden, und wenn der Hafenmeistergehilfe statt eines eignen Gebäudes eine Stagenwohnung erhielte über dem Hafenbureau. Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen hat auf Grund der Berichte ihrer Techniker gegen diese Änderungsvorschläge der Kommission erhebliche Bedenken geltend gemacht auch in der Richtung, daß der Kostenunterschied zwischen ein- und zweistöckigen Gebäuden nur ein geringer sei. Die Dienstwohnungs-kommission hat dann nach nochmaliger Prüfung der Vorlage sich mit dem vorliegenden Bauprojekte einverstanden erklärt und empfiehlt ebenfalls dasselbe zu genehmigen.

Der Antrag wird angenommen.

12. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets der Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

Herr Garde: Ich beantrage, die drei Anträge einheitlich zu behandeln und einheitlich anzunehmen.

Präsident: Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir über die sämtlichen gestellten Anträge geschlossen abstimmen.

Die Anträge werden angenommen.

13. Bericht der Eichungskommission zum Budget 1910.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 8. April 1910:

Ratscafé.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 29. März 1910:

2. Instandsetzung des Hauses Contrescarpe 119.

Herr Imwolde: Herr Präsident! Meine Herren! Bei der Reorganisation der Bauverwaltung ist verschiedentlich ausgesprochen worden, daß solche Ausschreitungen, wie sie in früheren Jahren vorgekommen sind, dann nicht mehr passieren würden. Wir haben nun ein Haus angekauft, und nach dem Bericht der Baudeputation sollte sich das Haus in einem tadellosen Zustande befinden. Nun gebe ich zu, daß, wenn ein Haus besichtigt wird, das voller Möbel steckt, sich das Ganze nicht so beurteilen läßt als wenn das Haus leer wäre, wenn die Möbel entfernt sind. Es war aber gesagt worden, daß sich das Haus in einem tadellosen Zustande befinde, und nun sollen noch 4600 M. dafür ausgegeben werden, um das Haus neu zu tapezieren und neu malen zu lassen. Ich möchte die Bauverwaltung ersuchen, bei etwaigen Ankäufen von Häusern mit mehr Vorsicht zu Werke zu gehen, damit so etwas nicht wieder vorkommt. (Sehr gut!)

Herr Ed. Achelis: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Imwolde hat gegen die Baudeputation einen Vorwurf ausgesprochen, aber die Baudeputation ist in diesem Falle vollständig unschuldig, da sie nicht eher von dem Ankauf des Hauses Kenntnis bekommen hat, als jedes andere Bürgerchaftsmitglied. Infolgedessen war sie nicht in der Lage, sich über den Zustand des Hauses zu informieren. Seinerzeit ist in dem Bericht ausdrücklich gesagt, daß ein Bauaufseher, im übrigen ein durchaus tüchtiger Beamter, hingeschickt sei, das Haus zu besehen. Der hat einen Bericht erstattet, der jetzt vorliegt. Unter anderen Umständen wäre jedenfalls ein höherer Beamter zur Besichtigung hingesandt worden, vielleicht ein Bauinspektor, das war ja aber hier nicht angebracht. Der Bauaufseher berichtet und Herr Baurat Weber hat dem Bericht, zweifellos auf Grund langjähriger Erfahrungen, vorsichtig hinzugefügt: „Nach dem Bericht ist das Haus in einem tadellosen Zustande.“ Aber die Erfahrung lehrt, daß bei alten Häusern eine Reihe von Reparaturen stets zu gewärtigen sind. Wenn der Bauaufseher darauf aufmerksam gemacht hätte, wäre uns die heutige Vorlage jedenfalls erspart geblieben: ich bin der Ueberzeugung, die Steuerdeputation wie die Bürgerchaft hätten sich dadurch nicht hindern lassen, das Haus zu kaufen, denn das Haus ist tatsächlich in einem guten Zustande, wie sich später durch die Untersuchung seitens eines Mitgliedes der Baudeputation erwiesen hat. Es ist aber allgemein damit zu rechnen, daß in alten, auch sehr guten Häusern Reparaturen jedenfalls notwendig werden und es ist erklärlich, daß der Bauaufseher nicht alle Schäden entdecken konnte, namentlich bei dem Parkettboden. Ich glaube darum,

daß die Vorwürfe gegen den Bauaufseher nicht gerechtfertigt sind.

Herr Schütte: Jeder Käufer eines alten Hauses wird mit einer ganzen Menge von Reparaturen rechnen müssen. In dem Bericht aber war gesagt, daß sich das Haus in einem außergewöhnlich tadellosen Zustande befinde, deshalb mußten wir das annehmen. Herr Achelis sagt, wenn wir auch gewußt hätten, daß wir solche Ausgaben für das Haus machen müßten, würden wir trotzdem das Haus gekauft haben. Ich behaupte, daß wir das nicht getan hätten, denn diese Bemerkung war nur ein Lockvogel, der uns veranlaßte, diesen hohen Preis zu zahlen. Es ist aber nicht schön, daß man uns eine solche Vorlage macht.

Herr Notar A. Tebelmann: Ich kann im wesentlichen bestätigen, was Herr Schütte gesagt hat. Die Ausführungen des Herrn Achelis waren ja ganz schön, aber stimmen tun sie nicht ganz, weil Herr Achelis die Sache so darstellt, als hätte die Baudeputation erst nach dem Ankauf des Hauses die Besichtigung vornehmen lassen. Die Baudeputation beginnt ihren Bericht damit:

„Bevor zum Ankauf des Hauses geschritten wurde, hatte die Bauverwaltung das Haus besichtigen lassen.“

Nun sagte Herr Achelis, man konnte einen höheren Baubeamten nicht hinschicken, sondern nur einen Bauaufseher. Der hat das Haus besichtigt und hat gesagt, es wäre in einem guten Zustande. Dasselbe ist uns versichert bei den vertraulichen Verhandlungen, als wir über den Ankauf dieses Hauses verhandelten, da ist wiederholt erklärt: Das Haus befindet sich in einem tadellosen Zustande. Dem darüber erstatteten Bericht des Bauaufsehers Diedrich hat Herr Baurat Weber hinzugefügt:

„Dem mündlichen Auftrage gemäß habe ich das Haus Contrescarpe 119 besichtigen lassen, ich füge den Bericht des Bauaufsehers Diedrich bei. Nach dem Bericht ist das Haus in einem tadellosen Zustande, und der Ankauf wohl zu empfehlen.“

Wie Herr Schütte schon ausgeführt hat, sind in einem alten Hause beim Wechsel des Bewohners wohl immer Reparaturen notwendig, aber doch nicht zu einem Betrage von 4600 M. Aber schließlich, an wen soll man sich halten? An Baurat Weber oder an den Bauaufseher Diedrich? Das geht nicht, sondern an die Baudeputation, an die Baubehörde werden wir uns halten müssen. Jedenfalls ist es nicht in der Ordnung, daß noch hinterher 4600 M. für Reparaturen nachgefordert werden, nachdem wiederholt von beteiligter Seite erklärt worden ist, daß sich das Haus in einem tadellosen Zustande befinde.

Präsident: Es ist Schluß beantragt, zum Wort angeschrieben ist noch Herr Lehmann.

Ueber den Schluß Herr Leymann: Ich möchte die Herren Schütte und Tebelmann fragen, wenn sie ein Haus kaufen, ob sie dann ohne weiteres hineinziehen und nicht die Räume erst tapezieren. Weiter ist es nichts.

Präsident: Das ist nicht über den Schluß.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

3. Nachbewilligung auf das Budget des Hygienischen Instituts.

Der Antrag wird angenommen.

4. Neubau eines pathologischen Instituts der Krankenanstalt.

Herr Schrage: Herr Präsident, meine Herren! Auch diese Vorlage hat die Baukommission geprüft und keine Einwendung zu machen.

Der Antrag wird angenommen.

5. Löschhilfe in Hemelingen.

Herr Nebelthau: Die Vorlage will das Verhältnis der freiwilligen Hilfeleistung, welches bisher zur Gemeinde Hemelingen bestand, vertragsmäßig festlegen. Die Gründe sind als stichhaltig anerkannt. Ich beschränke mich darauf, die Vorlage zu empfehlen.

Der Antrag wird angenommen.

6. Erwerb eines Teils des Grundstücks Hastedter-Chaussee Nr. 83, Katasterbezeichnung 26 A abd.

Der Antrag wird angenommen.

7. Ankauf von Grundstücken in der Feldmark Hastedt.

Herr Dr. Scherer: Die Juristische Kommission hat den Vertrag geprüft und nichts zu erinnern.

Herr Schütte: Herr Präsident! Meine Herren! Als vor einigen Wochen die Vorlage an die Bürgerschaft gekommen war, bat ich, sie an die Deputation zurückzuverweisen, weil mir gesagt worden war, daß in der Nähe Grundstücke billiger verkauft seien. Das ist zum Teil richtig. Es handelte sich aber um besondere Grundstücke und um besondere Verhältnisse, die hierfür nicht maßgebend sind. Inzwischen habe ich Umfrage gehalten und niemand hat uns sagen können, daß dieser Preis zu teuer wäre. Der Preis ist jetzt noch um 20 000 M. gegen früher ermäßigt. Wir halten den Ankauf für wünschenswert und ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

8. Uebertragbarkeit von Positionen des Spezialbudgets Nr. 44, Rathaus usw.

Der Antrag wird angenommen.

9. Nachbesteuerungen und Steuerhinterziehungen im Rechnungsjahre 1908.

Der Bericht wird dankend zur Kenntnis genommen.

10. Uebertragbarkeit der Positionen des Spezialbudgets Nr. 76 (Generalsteueramt).

Es meldet sich niemand zum Worte.

Der Antrag der Steuerdeputation wird angenommen.

11. Zuschüttung der Pipe.

Herr Tiedermann: Herr Präsident! Meine Herren! Nach dem Beschluß der Bürgerschaft vom 23. Juni 1909 ist ein Bericht verlangt worden, der darüber Auskunft geben soll, ob der zwischen dem Buntentorsteinweg und dem Krankenhaus, resp. der Seefahrtsschule, im Volksmunde „Pipe“ genannte Wasserzug zugeschüttet werden könne. Darüber haben fünf Deputationen gearbeitet und ihrer Meinung Ausdruck gegeben: der Straßenbau, Wasserbau, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen, die Schuldeputation und die Polizeidirektion. Diese Deputationen und Körperschaften haben gearbeitet und beraten, ob es ausführbar ist oder sich empfiehlt, das Becken zuzuschütten. Ueber die ablehnende Stellung konnte keinen Augenblick Zweifel sein, daß die Deputationen mit Gründen dagegen aufwarten würden. Ich habe es vorausgesehen, aber ich meine, man hat sich die Begründung leicht gemacht, indem man sich nicht die Mühe gemacht hat, diese Frage sorgfältig zu prüfen, ob es sich empfiehlt und man anderweitig Platz schaffen könne. Bei dieser Gelegenheit sieht man wiederum, wie man unsere Anträge behandelt, einmal fehlt die Form, oder die Begründung fehlt, oder man hat Gründe darzutun, dieses oder jenes empfehle sich nicht. Der Antrag hat zu dem Berichte Anlaß gegeben. Der hat Annahme in der Bürgerschaft gefunden, aber der Bericht verrät kein bißchen Spur einer wohlwollenden Prüfung. Nach meinem Dafürhalten sind die Gründe nicht stichhaltig. Daß über die Kosten Aufklärung gegeben wird, halte ich für selbstverständlich, aber daß man 100 000 bis 120 000 M. Kosten anführen würde, sollte man nicht annehmen. Man sollte nicht annehmen, daß man damit die Ablehnung besser begründen würde. Ich möchte bemerken, daß man bei anderen Anlässen nicht so knauserig ist, wenn es sich um eine solche Summe handelt. Dann sagt der Bericht, die Wasserbauinspektion habe ein großes Interesse daran, daß die Schuten dort liegen. Das ist selbstverständlich, das stimmt. Aber ich bin der Meinung, daß sich andere Plätze finden ließen, um diese Schuten und die Gerät-

schaften anderweitig unterzubringen. Und dann gibt man auch zu, daß sich später Gelegenheit finden würde, dafür Unterkunft zu finden. Ich bin aber der Meinung, daß sich schon heute Gelegenheit finden würde, wenn man die Absicht hätte, einen anderen Platz dafür zu benutzen oder der Sache wohlwollend gegenüberstände. Wenn die Fahrzeuge der Wasserbauinspektion in nächster Nähe der Stadt gelegen sein müssen, was ich für selbstverständlich halte, so bin ich der Meinung, daß das immerhin geschehen kann, und zwar in der Kleinen Weser, vom Buntentorsteinweg aufwärts nach dem Siel. Da ließen sich die Schuten in genügender Zahl unterbringen. Dann sagt der Bericht weiter:

Im Sommer dient die Pipe zur Unterbringung von Floßholz und Privatschiffen, auch sind bei plötzlich eintretendem Hochwasser die in der Weser befindlichen Fahrzeuge auf sie als nächsten Zufluchtsort angewiesen.

Ich bin der Meinung, daß das nicht zutrifft, denn als Zufluchtsort kommt die Pipe nicht mehr in Betracht, und ich meine, die kleine Weser hat jetzt eine andere Bedeutung, als vor 20 Jahren, als die Weser im Winter bei Hochwasser über den Werder flutete durch die Kleine Weser. Jetzt nach der Weser-torrektion haben wir das nicht mehr, und da scheint es, daß die Kleine Weser mehr als Zufluchtsort dient, als es vorher der Fall gewesen ist. Da kommt besonders in Betracht der Hochwasserstand 1908 und das Hochwasser 1909. Die größeren Schiffe werden die Kleine Weser als Zufluchtsort benutzen, aber die Pipe kommt für die fahrenden Schiffe nicht in Betracht, und deshalb nicht, weil sie zu klein wäre für die Schiffe, die den Winter über in der Kleinen Weser gelagert haben. Also dieser Grund trifft nicht zu. Dazu kommt, daß die Kleine Weser zwischen Deich und Werderufer verschiedene Anlagen hat, die für die Passanten und Spaziergänger auf dem Neustadtdeich keinen schönen Anblick gewähren. Wenn diese Anlagen an der Kleinen Weser sein müssen, so ließe sich auch wohl ein Platz schaffen, wo die Schuten untergebracht werden können. Wenn die Anlagen dort bleibende Statt haben und haben können, dann ist es für die Schiffe der Wasserbauinspektion erst recht zutreffend. Daß die Deputation diese Gründe anführt und die Schuldeputation sie für hinreichend hält, um die Zuschüttung der Pipe abzulehnen, das finde ich sehr bedauerlich, als nicht dafür gesorgt wird, auf diese Weise einen Spielplatz zu schaffen. Da möchte ich fragen, ob man bestreiten kann, daß ein solcher Spielplatz notwendig wäre für die Bewohner der Südvorstadt. Wenn Sie Gelegenheit hätten und beobachten wollten im Sommer, und überhaupt bei schönem Wetter, so könnten Sie sehen, daß die Kinder der Südvorstadt, die am Deich und an der Kleinen Weser wohnen, zu hunderten an der Pipe herumliegen und spielen, und das würde noch mehr der Fall sein, wenn es nicht mit Gefahren

verbunden wäre. Darum glaube ich auch, daß eine große Anzahl von Eltern ihre Kinder in gewissem Sinne zurückhält, dort ihre Spiele zu treiben. Ich will damit sagen, daß das Bedürfnis wohl vorhanden ist, einen solchen Platz zu schaffen; das geht daraus hervor, daß hunderte von Kindern dort herumspielen. Also ein geeigneter Spielplatz fehlt der Südvorstadt, abgesehen davon, daß sie nicht einmal eine Anlage hat, die für die Südvorstadt in Betracht kommen kann. Das einzige ist der kleine Spielplatz am Buntentorsteinweg. Aber diese Anlage ist nicht einmal so groß, wie dieser Saal. Dazu kommt, daß das Gitter, welches die Anlage umgibt, fortwährend geschlossen ist. Also wenn Erwachsene und Spaziergänger auf diesem Platz Erholung suchen wollen, dann haben sie nicht Gelegenheit, ihn aufsuchen zu können. Ich will damit sagen, daß es unbedingt nötig ist, einen freien Platz zu schaffen, wie in der Hohentorsvorstadt. Weiter kommt in Betracht, daß geeignete Spielplätze in der Südvorstadt geschaffen werden müßten und daß eine hübsche angemessene Anlage geschaffen werden kann dadurch, daß dies Becken zwischen der Seefahrtsschule und dem Buntentorsteinweg zugeschüttet wird. Auf den Einwand, den der Bericht angibt, kann man nicht viel mehr eingehen. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, daß dieses Becken als Wasserbecken nicht mehr in Betracht kommen kann, sondern daß man es als Schlammpfütze bezeichnen muß. Wie sich dann ein derartiges Krankenhaus gegen die Zuschüttung erklären kann, bleibt mir ein Geheimnis. Ich habe vergeblich nach Gründen gesucht. Nach meinem Laienverstande bietet diese schlechte Pfütze durchaus keinen würdigen Anblick, besonders nicht auf Rekonvaleszenten, für die Kranken in den Liegehallen erst recht nicht. Ich wäre sehr gespannt gewesen, was der Gesundheitsrat gesagt hätte, wenn man diesen zu einem Gutachten aufgefordert hätte über dieses Becken. Mit der Fertigstellung des Neubaus des Vereinskrankenhauses hat man einen schmalen Streifen zu einem Promenadengarten hergerichtet, wo Kranke spazieren gehen können, aber ich bin der Meinung, daß, wenn man das Becken zuschüttete, man einen bessern und schöneren Platz schaffen könnte, als es jetzt geschehen ist. Ich bin überzeugt, daß es zugeschüttet werden müßte und aus dem Grunde, um den Insassen des Krankenhauses einen bessern Anblick zu gewähren. Ich habe schon ausgeführt, daß Anlagen in der Südvorstadt nicht vorhanden sind. Wenn man sagt, daß der Lärm, der entstehen könnte, wenn man dieses Becken zuschüttete, für die Insassen dieses Krankenhauses störend sein würde, so glaube ich auch daran nicht, denn der Lärm ist an anderer Stelle auch nicht vorhanden; das Technikum und die gegenüberliegende Schule würden sonst auch gestört werden. Andererseits kommt in Betracht, daß der Spielplatz, den ich im Auge habe, nicht nach der Stelle hinverlegt zu werden

braucht, wo dieses Krankenhaus steht, sondern beispielsweise hinter die Seefahrtsschule am Ufer der Kleinen Weser. Dort würde ein großer Platz übrig sein. Im übrigen will ich noch darauf hinweisen, daß, wenn die Pipe zugeschüttet würde, dann eine gute Verbindung der Buntentorsvorstadt mit der Neustadt über den Deich in der Verlängerung des Wegs an der Seefahrtsschule vorbei. Es wäre das ein sehr günstiger Weg für Passanten, der zunächst für Fuhrwerke ausgeschlossen sein könnte. Also immerhin wäre das für die Passanten zu empfehlen, daß das Becken zugeschüttet würde. Ich bin auch der Meinung, daß für Kinderspielfläche mehr gesorgt werden müßte als bisher, da die Spielfläche einen großen Wert für die Jugend haben. Ich bitte Sie daher, den früheren Beschluß aufrecht zu erhalten und sich dafür zu erklären, daß das Becken zugeschüttet werde. Ich bin der Meinung, daß die Gründe, die in dem Bericht von den verschiedenen Behörden angeführt sind, nicht stichhaltig sind. Ich erlaube mir, folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft hält die Gründe, die gegen die Zuschüttung der Pipe angeführt sind, für nicht stichhaltig, sie beschließt daher die Zuschüttung der Pipe und die Ueberweisung des gewonnenen Areals an den Verschönerungsverein. Sie ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Schütte: Herr Präsident! Meine Herren! Ich will mich kürzer fassen als der Herr Vorredner. Wenn der Herr Vorredner den Bericht der Wasserbauinspektion nicht als richtig anerkennen will, so mag er das tun, es ist das seine Meinung. Was er aber sagt von der falschen Begründung, ist zu rügen, er befindet sich da vollständig im Irrtum. Die Deputation für die Stadterweiterung berät augenblicklich den Plan, den Platz des früheren Neustadtsgrabens in Fassung zu bringen. Der Platz soll dem Verschönerungsverein überwiesen werden, auch ist dort ein Spielplatz ins Auge gefaßt. Aus dem Grunde ist, weil dieser Spielplatz ganz in der Nähe der Pipe liegt, ein Spielplatz an dieser Stelle unnütz. Dann wundert sich Herr Tiedermann, daß das „Rote Kreuz“ nicht Einspruch dagegen erhoben habe, daß die Pipe nicht zugeschüttet werden soll. Gerade das „Rote Kreuz“ wünscht dringend den Fortbestand des jetzigen Zustandes, sie hat sich im Interesse der Kranken gerade dahin geäußert, weil da schöne Luft ist. Neulich habe ich gelesen, daß in einem Bürgerverein — ich weiß nicht in welchem — groß darüber geredet ist, es wäre da stinkendes Wasser im Sommer. (Ruf von links: Ist es auch!) Nein. (Zuruf: Schlamm!) Schlamm, das mag sein, aber stinkendes Wasser nicht, das wäre gesundheitswidrig. Der Herr hat gemeint, der Gesundheitsrat solle mit einem Gutachten beauftragt werden. Wenn irgendwo

da schlechte Verhältnisse wären, würde das „Rote Kreuz“ sich dagegen sträuben. Darüber können Sie aber beruhigt sein. Am „Roten Kreuz“ sind verschiedene Aerzte, die würden sicher Einspruch erhoben haben, wenn da Gefahren vorlägen. Ich halte es also für vollständig überflüssig, daß der Gesundheitsrat da auch seine Nase hineinsteckt. (Heiterkeit.) Die Angriffe wegen des schlechten Zustandes der Pipe sind völlig haltlos. Ich bitte Sie, sich mit dem Bericht einverstanden zu erklären — Vier Minuten! (Heiterkeit.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Heinken und Schierenbeck.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Tiedermann wird abgelehnt.

Präsident: Wir zeigen den Empfang des Berichts dankend an.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 1. April 1910:

5. Ausbau der Zufahrtstraße vom Industrie- und Handelshafen beim Gröpelinger Friedhof.

Der Antrag wird angenommen.

Präsident: Wir wollen mit diesem Gegenstande schließen. Ich möchte aber die Herren bitten, hinsichtlich des nächsten Gegenstandes „Enteignung eines Teils des Grundstücks Horner-Chaussee“, zu dem eine längere Eingabe von Herrn Dr. Schepp für den Eigentümer eingegangen ist, sich genau zu befehen und namentlich auch in den Vorversammlungen davon Kenntnis zu nehmen.

Dann ist noch folgender Antrag eingegangen:

Die Bürgerschaft kann die von der Polizeidirektion in der am 5. April erlassenen „Warnung“ beliebige Auslegung des Reichsvereinsgesetzes, aus der sie das Recht herleitet, gegen jede von ihr nicht genehmigte Ansammlung mit Waffengewalt vorzugehen, nicht billigen. Sie protestiert auf das entschiedenste gegen die an dem genannten Tage von der Polizeidirektion an die Polizeibeamten gegebene Anweisung, „auf das nachdrücklichste“ gegen friedliche Demonstranten vorzugehen, sowie gegen die durch diese Anweisung hervorgerufenen Polizeibrutalitäten. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, künftig derartige Willkürakte unter allen Umständen zu verhindern.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 25 Minuten.

Die Anträge unter XV und XVI der Tagesordnung, die beim Bürgeramt am 19. März eingegangen sind, haben folgenden Wortlaut:

Dem § 25 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Beamten ist folgende Bestimmung anzufügen:

Jedoch darf in der politischen und religiösen Betätigung des Beamten innerhalb des strafgesetzlichen Rahmens eine Verletzung der vorstehenden Verpflichtung nicht erblickt werden.

Pieck.
Rhein.
Henke.
Hans Donath.
Emil Rauch.

Die Bürgerschaft beschließt für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen einzuführen und die Wahlen nach dem Verhältnisswahlssystem vorzunehmen. Sie ersucht den Senat, dem Beschluß zuzustimmen.

Rhein.
Pieck.
Henke.
Hans Donath.
Emil Rauch.

